



Kurz- und Wortprotokoll der 82. Sitzung

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Berlin, den 25. September 2024, 09:30 Uhr

Marie-Elisabeth-Lüders-Haus - Anhörungssaal -
(3.101)

Vorsitz: Kai Gehring, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 6

Gespräch mit der Bundesministerin für Bildung
und Forschung, Frau Bettina Stark-Watzinger, MdB
zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2025,
Einzelplan 30

Tagesordnungspunkt 2

Seite 22

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

**Für einen pragmatischen, innovationsfreundlichen
Rechtsrahmen für
Fusionskraftwerke in Deutschland und Europa**

BT-Drucksache 20/10383

Federführend:

Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Mitberatend:

Wirtschaftsausschuss
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz
Ausschuss für Klimaschutz und Energie
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen
Union

Berichterstatter/in:

Abg. Holger Mann [SPD]



Abg. Thomas Jarzombek [CDU/CSU]
Abg. Laura Kraft [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Dr. Stephan Seiter [FDP]
Abg. Dr. Michael Kaufmann [AfD]
Abg. Dr. Petra Sitte [Die Linke]
Abg. Ali Al-Dailami [BSW]

Tagesordnungspunkt 3 **Seite 24**

Antrag der Abgeordneten Dr. Michael Kaufmann,
Nicole Höchst, Dr. Götz Frömming, weiterer
Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Fachkräfteinitiative für die Fusionsforschung

BT-Drucksache 20/10394

Federführend:

Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Berichterstatter/in:

Abg. Holger Mann [SPD]
Abg. Thomas Jarzombek [CDU/CSU]
Abg. Laura Kraft [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Dr. Stephan Seiter [FDP]
Abg. Dr. Michael Kaufmann [AfD]
Abg. Dr. Petra Sitte [Die Linke]
Abg. Ali Al-Dailami [BSW]

Tagesordnungspunkt 4 **Seite 27**

Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung
der Ziele**

des Bologna-Prozesses 2021 bis 2024

BT-Drucksache 20/10945

Federführend:

Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Mitberatend:

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Berichterstatter/in:

Abg. Dr. Lina Seitzl [SPD]
Abg. Dr. Ingeborg Gräßle [CDU/CSU]
Abg. Laura Kraft [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Dr. Stephan Seiter [FDP]
Abg. Nicole Höchst [AfD]
Abg. Nicole Gohlke [Die Linke]
Abg. Ali Al-Dailami [BSW]

Tagesordnungspunkt 5 **Seite 33**

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bundesbericht Forschung und Innovation 2024

BT-Drucksache 20/11560

Federführend:

Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Mitberatend:

Sportausschuss
Wirtschaftsausschuss
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für Gesundheit
Ausschuss für Digitales
Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und
Kommunen

Berichterstatter/in:

Abg. Holger Mann [SPD]



Abg. Thomas Jarzombek [CDU/CSU]
Abg. Laura Kraft [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Dr. Stephan Seiter [FDP]
Abg. Dr. Michael Kaufmann [AfD]
Abg. Dr. Petra Sitte [Die Linke]
Abg. Ali Al-Dailami [BSW]

Tagesordnungspunkt 6

Seite 40

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Ernährungsstrategie der Bundesregierung – Gutes Essen für Deutschland

BT-Drucksache 20/10001

Federführend:

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Mitberatend:

Finanzausschuss

Ausschuss für Gesundheit

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz

Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Berichterstatter/in:

Abg. Holger Mann [SPD]

Abg. Gitta Connemann [CDU/CSU]

Abg. Dr. Franziska Krumwiede-Steiner [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]

Abg. Maximilian Funke-Kaiser [FDP]

Abg. Nicole Höchst [AfD]

Abg. Nicole Gohlke [Die Linke]

Abg. Ali Al-Dailami [BSW]

Tagesordnungspunkt 7

Seite 40

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Bioenergie eine klare Zukunftsperspektive geben und bestehende Hemmnisse beseitigen

BT-Drucksache 20/9739

Federführend:

Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Mitberatend:

Wirtschaftsausschuss

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Verkehrsausschuss

Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und
Kommunen

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen
Union

Haushaltsausschuss

Berichterstatter/in:

Abg. Ye-One Rhie [SPD]

Abg. Gitta Connemann [CDU/CSU]

Abg. Laura Kraft [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Dr. Stephan Seiter [FDP]

Abg. Dr. Michael Kaufmann [AfD]

Abg. Dr. Petra Sitte [Die Linke]

Abg. Ali Al-Dailami [BSW]

Tagesordnungspunkt 8

Seite 40

Federführend:



Antrag der Abgeordneten Nicole Höchst, Jörn König, Dr. Christina Baum, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

**Zurück zum Wettkampfcharakter bei den
Bundesjugendspielen für die
Grundschulklassen**

BT-Drucksache 20/10614

Sportausschuss

Mitberatend:

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Berichterstatter/in:

Abg. Martin Rabanus [SPD]
Abg. Daniela Ludwig [CDU/CSU]
Abg. Laura Kraft [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Nicole Höchst [AfD]
Abg. Nicole Gohlke [Die Linke]
Abg. Ali Al-Dailami [BSW]

Tagesordnungspunkt 9

Seite 40

Antrag der Abgeordneten Dr. Bernd Baumann, Dr. Gottfried Curio, Jochen Haug, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

**Einsetzung einer Enquete-Kommission "Kulturelle
Differenzen als mögliche
Ursache von Integrationsproblemen bei
Zuwanderern in Deutschland"**

BT-Drucksache 20/11957

Federführend:

Ausschuss für Inneres und Heimat

Mitberatend:

Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und
Geschäftsordnung
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für Kultur und Medien

Berichterstatter/in:

Abg. Maja Wallstein [SPD]
Abg. Daniela Ludwig [CDU/CSU]
Abg. Marlene Schönberger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Ria Schröder [FDP]
Abg. Nicole Höchst [AfD]
Abg. Nicole Gohlke [Die Linke]
Abg. Ali Al-Dailami [BSW]

Tagesordnungspunkt 10

Seite 40

**Empfehlung der Kommission vom 19.3.2024 über
Maßnahmen zur Bekämpfung von Nachahmungen
und zur Verbesserung der Durchsetzung der
Rechte des geistigen Eigentums**

K(2024)1739 endg.; Ratsdok.-Nr. 8044/24

Federführend:

Rechtsausschuss

Mitberatend:

Finanzausschuss
Wirtschaftsausschuss
Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für Kultur und Medien
Ausschuss für Digitales

Berichterstatter/in:

Abg. Ruppert Stüwe [SPD]
Abg. Dr. Ingeborg Gräßle [CDU/CSU]
Abg. Laura Kraft [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Ria Schröder [FDP]
Abg. Norbert Kleinwächter [AfD]
Abg. Dr. Petra Sitte [Die Linke]
Abg. Ali Al-Dailami [BSW]



Anwesende Mitglieder des Ausschusses

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Kaczmarek, Oliver Mann, Holger Rabanus, Martin Rhie, Ye-One Seitzl, Dr. Lina Stüwe, Ruppert Wagner, Dr. Carolin Wallstein, Maja	
CDU/CSU	Albani, Stephan Altenkamp, Norbert Maria Connemann, Gitta Gräßle, Dr. Ingeborg Grütters, Monika Jarzombek, Thomas Ludwig, Daniela Rohwer, Lars Staffler, Katrin	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Gehring, Kai Kraft, Laura Krumwiede-Steiner, Dr. Franziska Reinalter, Dr. Anja Schönberger, Marlene	
FDP	Boginski, Friedhelm Funke-Kaiser, Maximilian Grünke, Julian Schröder, Ria Seiter, Dr. Stephan	
AfD	Frömming, Dr. Götz Höchst, Nicole Kaufmann, Dr. Michael Münz, Volker	
Die Linke	Gohlke, Nicole	Sitte, Dr. Petra
BSW	Al-Dailami, Ali	



Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Vorsitzende Kai Gehring stellt fest, dass Tagesordnungspunkt TOP 6 vom federführenden Ausschuss abgesetzt worden sei und daher nicht zur Kenntnis genommen werde. Zu Beginn seien die Tagesordnungspunkte TOP 7, TOP 8, TOP 9 und TOP 10 ohne Debatte abzuschließen. Mit Aussprache seien Tagesordnungspunkte TOP 1, TOP 2, TOP 3, TOP 4 und TOP 5 zu beraten. Hierbei gehe es um den Haushalt, um Fusionsforschung, den Bologna-Bericht und den Bericht für Forschung und Innovation. Der Vorsitzende stellt fest, dass dem Ablauf nicht widersprochen werde.

Tagesordnungspunkt 1

Gespräch mit der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Frau Bettina Stark-Watzinger, MdB zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2025, Einzelplan 30

Der Vorsitzende: Ich rufe den Tagesordnungspunkt 1, Gespräch mit Frau Bundesministerin für Bildung und Forschung, Frau Bettina Stark-Watzinger, zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2025 und unserem Einzelplan 30 auf. Kurz zur Rahmung: Frau Ministerin ist heute zum siebten Mal hier im Ausschuss und wir bedanken uns, dass Sie sich wie jedes Jahr die Zeit nehmen, den Einzelplan 30 vorzustellen und ihn mit uns zu diskutieren.

Zum Verfahrensstand: Wie jedes Jahr wurde der Regierungsentwurf des Bundeshaushaltes vom Kabinett im Sommer vorgelegt. Beraten und beschlossen wird der Haushalt in drei Lesungen hier bei uns im Bundestag. Anfang September fand die erste Lesung in der Haushaltswoche statt. Die parlamentarischen Beratungen in den Fachausschüssen und im Haushaltsausschuss haben in dieser Woche begonnen und dauern bis Mitte November an. In der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses am 14. November können dann noch letzte Änderungen vorgenommen werden. Beschlossen wird der Haushalt in zweiter und dritter Lesung in der Woche ab dem 25. November. Als inhaltliche Vorbemerkung meinerseits: Ich gehe davon aus, dass wir als Fachausschuss fraktions- und gruppenübergreifend auch in den nächsten

Monaten darauf achten, dass die Fördermittelentscheidungen des BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) einzig und allein nach wissenschaftlicher Leistung und wissenschaftlicher Exzellenz erfolgen. Das ist wichtig, weil das BMBF der größte Drittmittelgeber für Forschung, Wissenschaft und Innovation in der Bundesrepublik Deutschland ist. Das sei vorweggeschickt. Nochmal eine Begrüßung an Frau Ministerin. Sie haben das Wort.

BM'in Bettina Stark-Watzinger (BMBF): Sehr geehrter Herr Vorsitzender und sehr geehrte Damen und Herren, wir beraten und diskutieren heute den Entwurf des Einzelplans 30 des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Herr Vorsitzender, Sie haben es eben gesagt: Dieser Einzelplan ist ein wichtiges Fundament in unserem Land, weil es Wissen und Lebenschancen bietet, aber auch die Zukunft durch Wissenschaft und Innovation gestaltet. Ich kann Ihnen versichern: Im Bundesministerium für Bildung und Forschung werden ganz klar die Prozesse der Wissenschaftsfreiheit eingehalten. Vor allen Dingen auch die Verfahren der Vergabe der Mittel werden nach wissenschaftsgeleiteten und durch wissenschaftliche Gremien besetzten Prozesse gestaltet. Das ist ein hohes Gut und das hat unser Land vorangebracht und wird es auch in Zukunft voranbringen. Der Haushalt des BMBF für 2025 hat ein Volumen von 22,3 Milliarden Euro. Damit steigt der Plafond des BMBF trotz schwieriger Haushaltslage um rund 830 Millionen Euro. Noch nicht enthalten sind in dem Einzelplan 30, also in diesen Zahlen, die Mittel für das Startchancen-Programm, die im Einzelplan 60 liegen. Auch hier muss noch die Forschungszulage hinzugerechnet werden, die auch nochmal ein wichtiger Teil für unsere kleinen und mittleren Unternehmen mit Blick auf Innovationskraft ist. Sie kommt auch noch hinzu zu diesen 22,3 Milliarden Euro. Gegenüber der Finanzplanung der Vorgängerregierung bedeutet dies allein für 2025 ein Plus von über 2,5 Milliarden Euro. Ich habe es eben schon gesagt: Mit der Startchancen-Milliarde sind sogar über 3,5 Milliarden Euro mehr für Bildung und Forschung vorhanden.

Wir stellen diesen Haushalt in schwierigen Zeiten auf. Das wissen Sie hier im Raum alle. Deswegen



war es für uns als Bundesregierung auch die große Herausforderung, einen verfassungskonformen Haushalt aufzustellen und dabei Prioritäten angemessen zu berücksichtigen. Ich weiß durchaus, dass hier im Raum unterschiedliche Sichtweisen zur Schuldenbremse existieren, das ist auch vollkommen legitim. Aber die Aufgabe dieser Bundesregierung und auch unseres Ministeriums ist ein Entwurf - ihn zur Beratung und dann zur Beschlussfassung als Gesetzgeber im Parlament an die Hand zu geben, der sich an diesen Rahmenbedingungen orientiert. Das ist gerade nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil und trotz Zeitenwende eine Herausforderung. Der Plafond des BMBF ist in diesen herausfordernden Zeiten über die gesamte Legislaturperiode jedes Jahr weiter angestiegen. Für die gesamte Legislaturperiode sind das über 7 Milliarden Euro mehr. Dieser Haushalt zeichnet sich durch zwei Dinge aus, gerade wenn wir über Wissenschaft und Bildung sprechen: Auf der einen Seite Verlässlichkeit und Planbarkeit. Denn Wissenschaft und Bildung brauchen die Zeit und den Raum, ihre Arbeit machen zu können. Aber natürlich muss auch immer auf neue Herausforderungen geantwortet und neue Prioritäten gesetzt werden.

Die Bundesregierung hat sich im Bereich der Bildung ein großes Thema als wichtigen Aspekt ihrer Arbeit vorgenommen und das ist die Chancengerechtigkeit in unserem Land, gerade wenn es um Bildung geht. Mit der bereits dritten BAföG-Reform in dieser Legislaturperiode werden erneut die Bedarfssätze und die Wohnpauschale erhöht. Wir haben die Bedarfssätze in dieser Legislaturperiode um 11 Prozent, die Wohnpauschale um 17 Prozent und die Freibeträge um 27 Prozent erhöht. Wir haben es digitaler und einfacher gemacht, das BAföG zu beantragen. Die Länder sollten jetzt bitte auch die Umsetzung bei sich vollziehen, damit die Auszahlung schnell erfolgt. Wir haben zudem zum Wintersemester eine Studienstarthilfe von 1.000 Euro für junge Menschen aus einkommensschwachen Haushalten eingeführt. Wir haben weitere strukturelle Maßnahmen durchgeführt, um das BAföG nicht nur finanziell zu erhöhen, sondern auch modern zu machen. Das sind konkrete Schritte zur Erneuerung des Aufstiegsversprechens in unserem Land.

Wir haben das größte und langfristige Bundesländer-Bildungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland an den Start gebracht. Mit dem Startchancen-Programm investieren wir 20 Milliarden Euro über 10 Jahre in etwa 4.000 Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler. Wir wollen und werden dort gezielt fördern, wo die Herausforderungen am größten sind.

Lassen Sie mich noch einen Ausblick werfen: Der DigitalPakt 2.0 muss kommen, denn unsere Schulen müssen digitaler werden. Wir müssen aus den Erfahrungen des DigitalPakt 1 lernen. Er darf keine Kopie sein. Wir brauchen ein Gesamtkonzept für die digitale Bildung, das heißt neben der technischen Ausstattung auch noch die anderen Themen. Der Bund ist bereit, die Hälfte der Finanzierung für diese Länderaufgabe zu übernehmen, denn wir wissen, dass es um die Kinder und um die Zukunft unseres Landes geht. Wir brauchen dringend Fachkräfte, das wissen und sehen alle jeden Tag - jetzt und in Zukunft. Wir haben die Exzellenzinitiative Berufliche Bildung auf den Weg gebracht. Wir stärken sie kontinuierlich durch innovative Ausbildungsmodelle. Wir stärken sie aber auch ganz konkret, indem wir die überbetrieblichen Ausbildungsstätten moderner machen.

Mit dem Aufstiegs-BAföG, das im parlamentarischen Verfahren ist, wollen wir die Kosten für Fortbildung, also die Möglichkeiten, das Wissen zu erweitern, stärken. Ich hoffe auf einen zügigen Abschluss der parlamentarischen Beratungen.

Mit Blick auf die Forschung - ich habe es eben schon gesagt - ist es ein zentrales Element, dass wir Verlässlichkeit auch mit Blick auf die Freiheit der Forschung geben. Deswegen führen wir den Pakt für Forschung und Innovation konsequent weiter. Es sind circa 8 Milliarden Euro, die der Allianz zur Verfügung stehen. Das sind 35 Prozent des Haushaltes des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, ungefähr 35 Prozent. Diese Planbarkeit und auch die Freiheit der Gestaltung sind wichtig, weil die Wissenschaft diese neuen Erkenntnisse aus sich heraus am besten gestalten kann.

Die Verlässlichkeit zeigt sich auch im Zukunftsvertrag Studium und Lehre, den wir



dynamisiert haben. Das war nicht so geplant zu Beginn oder am Ende der letzten Legislaturperiode. Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärkt auch nochmal die Hochschulen, um auch die Rahmenbedingungen für Lehre und für Forschung vor Ort verbessern zu können. Es steigt in dieser Legislaturperiode von 1,88 Milliarden Euro auf 2,21 Milliarden Euro. Auch hier ist die Planbarkeit wichtig.

Natürlich haben wir auch neue Themen aufgegriffen und Prioritäten gesetzt. Lassen Sie mich kurz Dinge erwähnen, die wirklich das Leben von Menschen verändern. Denken wir an die Endometriose. Viele Frauen leiden darunter, das Thema wurde viel zu lange nicht erkannt und auch nicht angegangen. Wir haben hier Förderlinien auf den Weg gebracht. Circa 15 Prozent der Frauen sind davon betroffen und haben bisher noch nicht die richtige Diagnose und Therapie.

Genauso verhält es sich bei den Themen Long-Covid und Post-Covid mit Förderlinien, weil es hier um die Krankheitsbilder und das Leid der Menschen geht. Auch hier ist die Forschung relativ am Anfang, diese haben wir mit verschiedenen Forschungslinien gestärkt. Wir investieren gezielt in Zukunftstechnologien und Energien mit unserer Forschungsförderung. Ich möchte den Fusionsplan, den wir entwickelt haben, als einen Aspekt erwähnen, weil der Energiebedarf in Zukunft steigen wird und wir deshalb auch als Ministerium die Aufgabe haben, über morgen hinaus zu denken und auch mittel- und langfristig Wege zu ebnet, sodass wir eine bezahlbare, nachhaltige, verlässliche Energieversorgung haben. Das heißt jetzt nicht, dass wir hinsichtlich Schlüsseltechnologien, soweit ich diese nicht erwähne, untätig bleiben. Im Quantenbereich oder auch bei der Kombination der Hochleistungsrechner mit den neuen Quantentechnologien und der Künstliche Intelligenz und auch anderen Dingen machen wir viel.

Lassen Sie mich abschließend noch darauf hinweisen, dass wir im Bereich Transfer und Innovation einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen. Wir haben die SPRIND gestärkt, nicht nur durch mehr Freiheit, sondern auch durch ein kontinuierlich aufwachsendes Budget - allein im nächsten Haushalt mit nochmal 30 Millionen

Euro mehr, denn dort werden die Sprunginnovationen gefördert und zum Durchbruch gebracht. Die DATI soll nächstes Jahr ihre volle Kraft entfalten, damit wir auch - politikfern - die Ökosysteme in der Breite haben und auch hier die Kraft und das Potenzial aus der Wissenschaft nutzen können.

Zum Abschluss möchte ich sagen, dass Wissenschaft natürlich international ist und das ist gut. Ich möchte nochmal sagen: Die Wissenschaft hat sich hier gerade in schwierigen Situationen der internationalen Zusammenarbeit - sie wird nicht leichter in diesen Tagen, von sich heraus und das unterstützen wir - Themen wie etwa der Ukraine angenommen. Wir werden die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit stärken. Wir unterstützen die Ukraine im Bereich der Forschung und Wissenschaft künftig zum Beispiel mit Exzellenzkern oder mit Forschung zu neuen Energieformen und auch dem Weg in den europäischen Forschungsraum - ein wichtiger Aspekt für die Ukraine. Denken Sie an die Israel-Soforthilfe und daran - da bin ich dem Parlament, das uns unterstützt hat, sehr dankbar -, dass auch hier der Austausch der Personen in schwierigen Zeiten als wichtiges Zeichen gestärkt wurde. Dies ist vor allen Dingen auch mit Blick auf die Innovationskraft unserer beiden Länder zu sehen.

Ich fasse zusammen: Die aktuelle Haushaltslage ist herausfordernd. Sie fordert eine stärkere Fokussierung, eine Priorisierung. Mit dem Regierungsentwurf 2025 für den Einzelplan 30 gehen wir den Weg, Verlässlichkeit, aber maßgebliche Schwerpunkte zu setzen und die wichtigen Themen unserer Zeit voranzutreiben. Ich freue mich auf die Diskussion mit Ihnen und das parlamentarische Verfahren. Herzlichen Dank.

Der Vorsitzende: Danke, Frau Ministerin, für die Einführung. Dann rufe ich jetzt die Berichterstattenden-Runde auf und es beginnt für die SPD-Fraktion Oliver Kaczmarek.

Abg. Oliver Kaczmarek (SPD): Uns ist allen klar, dass es eine schwierige Haushaltslage gibt, und das wirkt sich in anderen Einzelplänen noch deutlicher als im Bereich des BMBF aus. Deswegen war es meiner Fraktion sehr wichtig, dass wir zum einen vor der Sommerpause Klarheit über die Absprachen innerhalb der Bundesregierung haben und wir keinen



halbfertigen Haushaltsentwurf bekommen, sondern einen, wo auch die regierungsinternen Konflikte weitgehend abgeräumt sind. Zum anderen will ich festhalten, dass wir an unserer Schwerpunktsetzung festhalten. Der Einzelplan 30 wächst auf. Bildung und Forschung haben in dieser Koalition Priorität. Er wächst größer auf als wir das noch in der Großen Koalition miteinander vereinbart haben. Das ist ein wichtiges Statement, zumal durch die Äußerungen des Kanzlerkandidaten der Union in Frage gestellt ist, ob diese Priorität von allen Fraktionen der demokratischen Mitte des Hauses so gesehen wird. Deswegen wichtiger Punkt: Bildung und Forschung hat Priorität.

Zweiter Punkt: Zusagen und Verträge, die der Bund gemacht hat, werden eingehalten, und zwar auch vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltsbedingungen. Der Zukunftsvertrag Studium und Lehre, den wir in dieser Koalition dynamisiert haben - was ein wichtiger Punkt auch der Gleichwertigkeit von universitärer und außeruniversitärer Forschung, von Lehre und Forschung ist - wird weiterhin dynamisiert. Der Pakt für Forschung und Innovation wird mit seinen Aufwüchsen weiter finanziert. Wir haben das Startchancen-Programm, was in diesen Tagen startet, für die nächsten Jahre ausfinanziert. Das ist ein wichtiger Punkt. Alle, die schon mal Schulen besucht haben und die daran teilhaben werden, wissen, dass es da große Hoffnungen gibt und dass es auch ein Programm ist, das große Akzeptanz erfährt. Sie haben die SPRIND erwähnt. Ich möchte die DATI noch mal ins Gespräch bringen und Sie auch nach dem Stand der regierungsinternen Beratungen fragen, weil die DATI eine wichtige Ergänzung unserer forschungspolitischen Agenda ist, indem wir insbesondere den Transfer und die regionalen Innovationscommunities stärken wollen. Wir stärken die DATI finanziell und sie muss jetzt auch an den Start gehen. Gleiches könnte man zur Stärkung der Gesundheitsforschung sagen. Die Themen der Frauengesundheit und ME/CFS (Myalgische Enzephalomyelitis/ Chronisches Fatigue-Syndrom) haben Sie angesprochen. Es ist glaube ich sehr wichtig, dass wir an der Stelle auch deutlich machen, dass das einen Schwerpunkt in dieser Koalition hat. Kritisch sehen wir den Etatansatz für das BAföG, weil damit auch dokumentiert wird, dass die

Regierung noch Zweifel hat, ob die Novelle so wirkt, wie wir uns das vorstellen. Aber ich will an der Stelle sagen, dass es sich um ein Leistungsgesetz handelt und deswegen ist es unabhängig davon, was im Haushaltsplan steht, so: Jeder, der den Anspruch hat, wird diesen auch erfüllt bekommen. Deshalb an dieser Stelle der Appell: Anträge stellen! Wer einen Rechtsanspruch auf BAföG hat, der sollte - auch wenn es nur eine Teilförderung ist - den Antrag stellen und den Anspruch einlösen. Wir sorgen dafür, dass es auch finanziert wird.

Zweite Frage und damit komme ich zum Schluss: DigitalPakt, Sie haben es angesprochen. Ich habe gesagt, der Bund hält seine Zusagen und Verträge ein. Wir sind dabei, beim DigitalPakt einen neuen Vertrag zu machen. Sie haben ein Angebot auf den Tisch gelegt. Aus den Ländern höre ich auch kritische Stimmen dazu. Es wäre für mich von Interesse, wie Sie die weiteren Verhandlungen gestalten wollen.

Abg. **Thomas Jarzombek** (CDU/CSU): Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Erstes möchte ich sagen, dass wir in der Vergangenheit, in den 16 Jahren der Union, insgesamt den Haushalt fast verdreifacht haben. Wir sehen jetzt nur noch eine nominale Seitwärtsbewegung, denn diesen vermeintlichen Aufwüchsen steht unmittelbar eine globale Minderausgabe in gleicher Höhe gegenüber. Deshalb ist dieser vermeintliche Aufwuchs ein Taschenspieler-Trick. Vielmehr werden auch 1,68 Milliarden Euro für den DigitalPakt, die vorher in einem eigenen Haushaltstitel waren, integriert. Damit findet tatsächlich eine Absenkung des Titels in Milliardenhöhe statt. Wenn man die Inflation berücksichtigt, ist es noch deutlicher.

Zum Zweiten will ich sagen, dass wir als Union der Auffassung sind, dass man in Seitwärtsbewegungen des Haushalts oder sogar durch Absinken an die Struktur heranrückt. Wir haben von Ihnen heute keine Vorschläge dazu gehört. Ich finde es wichtig, dass wir mehr netto aus den Zahlen herausholen, an die Strukturen und zum Zweiten auch an die Finanzierungsquellen - ganz konkret an das Thema Geld des Verteidigers, das Thema Bundeswehr, Universitäten, alles in der Plenardebatte schon benannt und den KTF (Klima- und Transformationsfonds) - herangehen.



Zum Dritten müssen aber auch regulatorische Anreize geschaffen werden.

Mein dritter Block sind die Fragen. Auch wenn Sie nicht immer dazu neigen, unsere Fragen zu beantworten, will ich sie trotzdem stellen: Wo haben Sie vor, die globale Minderausgabe von 830 Millionen Euro einzubringen?

Zum Zweiten: Es gibt noch ein zusätzliches interessantes Wort: Bodensatz - globale Minderausgabe von 12 Milliarden Euro. Darüber wurde heute noch gar nicht gesprochen. Wie ist denn Ihre Strategie, damit umzugehen? Wie viel davon wird das BMBF und den Einzelplan 30 erreichen? Dann gibt es beim DigitalPakt bewilligte Mittel von 3 Milliarden Euro, aber eingeplante Mittel nur von 1,68 Milliarden Euro. Das heißt, wir haben auch hier eine Milliarden-Lücke. Wie decken Sie die, wenn die bewilligten Mittel auch abgerufen werden? Kollege Kaczmarek hat schon die Frage nach der möglichen Lücke beim BAföG gestellt, weil entweder ist all das, was Sie gesagt haben, dass diese BAföG-Reform jetzt so einen tollen Mehrwert bringt, nicht wahr oder es trifft doch zu. Dann haben Sie eine erneute Lücke, die ich in diesem Haushalt auch noch nicht geschlossen sehe und würde Sie fragen, wie Sie damit umgehen wollen. Meine Frage auch zur DATI: Wann wird der Kabinettsbeschluss erfolgen, der schon für April, glaube ich, avisiert gewesen ist? Meine weitere Frage bezieht sich auf den DigitalPakt 2: Sie haben gesagt, Sie wollen ihn. Würden Sie uns bitte mal darüber in Kenntnis setzen, was Ihre Bedingungen an die Länder sind? Denn wir lesen immer in der Presse, dass es hier ein Thema gibt, dass Sie den Ländern Bedingungen diktieren wollen, die von allen 16 Ländern aller Couleurs zurückgewiesen werden. Welche Bedingungen sind das denn? Damit wir hier mal darüber sprechen können.

Dann möchte ich gerne wissen, ob Sie sich dafür einsetzen, dass aus diesen 10 Milliarden Euro, die von Intel nicht abgerufen werden, andere Themen gemacht werden - aus dem KTF ein Fusionskraftwerk oder das Thema Quantencomputing wäre zum Beispiel sinnvoll, wo Firmen händierend darauf warten, dass sie eine Demofabrik bauen können.

Abg. **Dr. Anja Reinalter** (BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN): Wir wissen, es handelt sich um sehr schwierige Haushaltsverhandlungen. Darum ist es umso erfreulicher, dass unser Einzelplan auf 22,3 Milliarden Euro steigt und dass damit im Jahr 2025 einige sehr wichtige Projekte für Forschung und Bildungsgerechtigkeit verwirklicht werden können. Ich denke auch ans BAföG, ans Startchancen-Programm, und persönlich freue ich mich sehr über die Zuwächse in der beruflichen Bildung. Doch es gibt auch Dinge, die wir an diesem Entwurf hinterfragen. Denn für uns haben die gemeinsam vereinbarten Projekte im Koalitionsvertrag absolute Priorität und da ergeben sich folgende Fragen - zum Digital-Pakt haben wir es eben schon gehört: Wie ist der Stand der Verhandlungen mit den Ländern und wie ist der weitere Zeitplan? Darüber hinaus suchen wir auch das Geld: Wo und in welcher Höhe im Einzelplan 30 wird für den DigitalPakt Vorsorge getroffen und woher soll das Geld kommen? Zu DATI haben wir auch gehört, dass rund 88 Millionen Euro im Jahr 2025 hierfür eingeplant sind. Das ist Geld, das dringend für die Innovation und den Transfer gebraucht wird. Entscheidend ist, dass die Gründung jetzt zeitnah erfolgt. DATI wird wirklich ungeduldig erwartet. Wann wird es so weit sein? Wir haben auch Fragen zur Wissenschaftskommunikation. Denn wie kann es sein, dass wir einen Antrag zur Stärkung der Wissenschaftskommunikation beschlossen haben und genau diesen Titel im Haushalt kürzen? Das sind nur ein paar Themen, die wir im Haushaltsentwurf nicht als Prioritäten erkennen. Außerdem hinterfragen wir die deutliche Steigerung für finanzielle Bildung, die wir - wie wir alle wissen - nicht im Koalitionsvertrag vereinbart haben. Finanzbildung darf auf keinen Fall auf Kosten der Grundbildung gehen. Im aktuellen Haushaltsplan wird das Geld für die Grundbildung fast um die Hälfte gekürzt und auf der anderen Seite ist fast doppelt so viel Geld für die finanzielle Bildung eingestellt. Finanzbildung muss man sich leisten können. Ich bitte Sie daher um eine genaue Aufschlüsselung, wofür die 13 Millionen Euro für finanzielle Bildung ausgegeben werden sollen, wer konkret von diesen Maßnahmen profitieren soll und was mit der AlphaDekade (Nationale Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung) passiert. Plant das BMBF eine Verstärkung der erfolgreichen Projekte? Wann werden hierzu



Verhandlungen geführt? Wenn wir es ernst meinen mit der Chancengleichheit, dann darf bei der Grundbildung nicht gespart werden. Wir freuen uns auf Ihre Antworten.

Abg. **Nicole Höchst** (AfD): Werte Kollegen, Frau Ministerin. Gestatten Sie mir bitte eine Vorbemerkung. Der Spiegel berichtete vor sechs Tagen, dass Ihre Ampelkoalition gerade mal noch 3 Prozent Zustimmung in der Fläche bekommt. Dem müssen wir uns widmen, denn wäre noch etwas Anstand vorhanden, würden wir jetzt über Neuwahlen sprechen und nicht über einen Haushalt.

Zweite Bemerkung, allerdings inhaltlicher Art: Frau Ministerin, es gibt nichts Richtiges im Falschen und das betrifft die Kollegen, die hier ganz brav mit Tunnelblick diesen vorliegenden Haushalt so wie Ihr Haus begutachten. Alles, was wir hier besprechen, vor allen Dingen im Bereich der Schulen, wird keine Wirkung entfalten, wie Sie das anpreisen. Grund dafür ist, dass Ihre Regierung die Rahmenbedingungen nicht ändert. Sie stellen uns das Startchancen-Programm als Leuchtturm vor. Das muss ich jetzt für die Zuschauer nochmal deutlich sagen. Anfangs betroffen sind 2.060 Schulen von diesem Startchancen-Programm und erst bis Schuljahr 2026 und 2027 soll das auf 4.000 Schulen aufwachsen. 32.666 Schulen gibt es laut Statista oder dem Statistischen Bundesamt im vergangenen Schuljahr. Das wird sich jetzt nicht großartig verändert haben. In diesen Klassen sitzen vielfach Kinder, die kein Deutsch sprechen. Ihr Haushalt bietet dafür keine Lösung, weil Sie viel zu wenig Schulen mit Geldern ausstatten. Ja, es handelt sich um eine Milliarde Euro, das ist richtig. Aber alle anderen schauen in die Röhre. Selbst wenn ich mir dieses tolle Projekt anschau - ich habe das mehrfach schon kritisiert: Wir haben kein Personal für den Lehreraufwuchs an den Schulen. Die müssten sie woanders abziehen oder mehr oder weniger von der Straße zerren, um Aufsichtspersonal in den Schulen vor die Klassen zu bekommen. Es gibt diese Lehrer und die multiprofessionellen Teams nicht. Dort fehlen Schulpsychologen. Versuchen Sie mal, in Rheinland-Pfalz einen Termin beim Schulpsychologen zu bekommen. Es gibt keine E-Helfer und weder Inklusion noch Integration in der Fläche. Auch Schulsozialarbeiter sind

absolute Mangelware. Vielleicht kriegen Sie in ganz Deutschland jetzt noch die Leute zusammen, um an Ihren Leuchtturmschulen anzufangen. Alle anderen schauen in die Röhre. Das ist ein Riesenproblem, zumal sich in der Schule in Ludwigshafen in Rheinland-Pfalz in der Grävenau die Landesregierung mit vielen Maßnahmen, die ich jetzt in ihrem Startchancen-Projekt wiederfinde, dieser Schule gewidmet hat. Trotzdem bleiben dort im dritten Jahr in Folge wieder über 40 Kinder aus den bekannten Problemkomplexen sitzen. Das kann so nicht weitergehen. Also Sie verweigern hier allesamt seit Jahren vernünftige Anträge aus unserer Fraktion. Ich darf daran erinnern, dass wir im letzten Haushalt schon ein Schulsanierungspaket vorgestellt haben. Wann treten Sie der Vernunft näher und schauen nach den Inhalten unserer Anträge? Vielen Dank.

Abg. **Ria Schröder** (FDP): Ich finde, wir haben mit dem Einzelplan 30, den die Bundesregierung vorgelegt hat, eine gute Grundlage. Es ist ein generationengerechter Haushalt, weil er auf der einen Seite die Schuldenbremse einhält und damit die Zinslast der Schulden handhabbar macht. Auf der anderen Seite investiert er in Bildung und Forschung, und zwar auch mehr als das von Anja Karliczek vorgesehen war - 2,5 Milliarden Euro mehr und das auch ohne den DigitalPakt, das haben wir gehört. 22,3 Milliarden Euro haben wir im Einzelplan 30 vorliegen. Das ist, finde ich, ein großer Erfolg und das zeigt die Schwerpunktsetzung dieser Bundesregierung. Ich sehe vor allem zwei Schwerpunkte: Aufstiegschancen und Forschung für eine bessere Zukunft, und zwar im Umgang mit den Herausforderungen, die wir auch heute schon sehen. Auf der einen Seite ist das Thema BAföG angesprochen worden. Da möchte ich auch noch mal sagen, der Haushaltsentwurf beruht auf einer Prognose der Studierendenzahlen in Zukunft. Ich finde es auch etwas wohlfeil, dass wir von vielen Seiten immer wieder hören, dass die berufliche Bildung ein ebenso guter Weg ist, es dann aber beweinen, wenn sich mehr junge Menschen für eine berufliche Bildung statt eines Studiums entscheiden, die Studierendenzahlen runtergehen und infolgedessen weniger BAföG-Empfängerinnen und -Empfänger vorhanden sind.

Ich finde, wir sollten junge Menschen nach ihren



Fähigkeiten, nach ihren Talenten und nach ihren Wünschen fördern. Diejenigen, die sich für ein Studium entscheiden und dabei Hilfe benötigen, sollten auch im nächsten Jahr von dem, was wir beim BAföG erreicht haben, profitieren. Es handelt sich um ein Leistungsgesetz. Die Ansprüche bestehen und dadurch wird sich auch durch die angespannte Haushaltslage nichts ändern.

Ich freue mich auch, dass wir die berufliche Bildung stärken. Wir haben 43 Millionen Euro Aufwuchs für die Exzellenzinitiative und die ÜBSen (Überbetriebliche Berufsbildungsstätte). Das ist, glaube ich, eine richtige Entwicklung. Wir haben im Bereich der Forschung Zukunftsfelder wie die Quantentechnologie, Energietechnologie im Bereich grüner Wasserstoff, aber auch Fusion, sodass ich finde, dass richtige Schwerpunkte gesetzt werden. Die Dynamisierung des Zukunftsvertrags als eine große Aufgabe, die wir auch in diesem Jahr wieder einhalten, ist schon angesprochen worden.

Zuletzt will ich auf das Thema DigitalPakt eingehen, weil mir das auch ein Herzensanliegen ist. Wenn man in Schulen unterwegs ist, dann sieht man, welcher immenser Handlungsbedarf in Deutschland besteht, was junge Menschen im Internet jeden Tag erleben von Populismus über Falschinformationen, aber auch Videos mit gewaltvollen oder sexuellen Inhalten. Darüber hinaus versuchen auch immer mehr extremistische Menschenfänger sie abzugreifen, sowohl rechtsextremistisch als auch islamistisch. Das bereitet mir große Sorge. Das heißt, wir müssen in den Schulen Deutschlands besser werden, und zwar nicht nur indem der Bund Geld zur Hardware zur Verfügung stellt, sondern indem die Medienkompetenz und die Lehrkräftefortbildung gestärkt wird. Das kann man natürlich, wenn man misslaunig ist, etwa als Diktat beschreiben. Ich glaube, es ist ganz richtig, dass der Bund sich dafür einsetzt, dass wir insoweit in ganz Deutschland Fortschritte machen. Deswegen begrüße ich die Verhandlungen beim DigitalPakt und die Zusagen des Bundes.

Abg. **Dr. Petra Sitte** (Die Linke): Sie haben gesagt, dass der Haushalt unter der Überschrift „Bildungsgerechtigkeit“ steht. Ich finde, dass der Haushalt nicht hinreichend diesen

Herausforderungen gerecht wird, weder in seinen Förderbestandteilen, als auch gegenüber den Akteurinnen und Akteuren im System. Darüber hinaus zeigt die mittelfristige Finanzplanung, dass es keine Kontinuitäten gibt in weiteren Finanzierungen dieser Herausforderung. Wir haben im Gegenteil mit Absenkungen zu rechnen und das macht diesen Haushalt nicht verlässlich. Das Zweite, was ich ansprechen möchte, hat Herr Jarzombek schon berührt: Nämlich, dass dem Aufwuchs in diesem Einzelplan um 832 Millionen Euro eine globale Minderausgabe von 813 Millionen Euro gegenübersteht. Selbst wenn man davon ausgeht, dass diese schon eingerechnet ist, bleibt die Frage berechtigt, wie es sein kann, wenn man Ausgabereste aus dem Sondervermögen für die Fragen der digitalen Infrastruktur für Schulen nutzt. Zumal dort aus dem Sondervermögen für den DigitalPakt Mittel eingeflossen sind und niemand uns bislang beantworten kann, was denn noch die Ausgabereste sind, so dass es in der Tat am Ende sein kann, dass der Haushalt durch dieses Sondervermögen, durch diese Verlagerung, aufwächst.

Das Zweite, was ich ansprechen möchte, ist der Pakt für berufliche Bildung. Am Montag beim Berichterstatter-Gespräch haben Sie gesagt, dass darüber noch verhandelt werden würde. Offenkundig ist aber für diesen Pakt kein Geld vorgesehen.

Abg. **Ali Al-Dailami** (BSW): Danke für Ihre einleitenden Worte zum Haushalt. Wie wir alle wissen, steht unser Bildungssystem unter Druck. Wir haben es immer noch mit einem enormen Investitionsstau zu tun, der systemische Verbesserungen regelrecht verhindert. Die KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) schätzt diesen allein für kommunale Bildungseinrichtungen und Schulen auf bundesweit fast 68 Milliarden Euro.

Deshalb direkt zu meiner ersten Frage: Wann beabsichtigen Sie die Aufhebung des Kooperationsverbots in Gänze, damit der Bund die Länder dauerhaft in so wichtigen Dingen wie Lehrerausbildung, Sanierung und Ausstattung mitfinanzieren kann? Die zweite Frage, Frau Ministerin, ist: Im Haushaltsjahr 2025 sind im Titel „Anwendungsorientierte Grundlagenforschung grüner Wasserstoff“ nur noch 159,7 Millionen Euro vorgesehen. Das ist ein



Minus von stolzen 47,6 Prozent. Laut BMBF ist die Finanzierung im Wesentlichen nur für laufende Maßnahmen gesichert. Jetzt gibt sich die Ampelregierung als Fortschrittskoalition aus - manche sagen auch Übergangskoalition - und drängt auf die grüne Transformation. Da frage ich mich, wie das mit der Mittelkürzung ausgerechnet bei der anwendungsorientierten Grundlagenforschung von grünem Wasserstoff zusammenpasst.

Meine dritte und letzte Frage: Ausweislich des Finanzplans der Bundesregierung sollen die Mittel für Bildung und Forschung nicht langfristig steigen. Trotz der Mittelsteigerung im Haushaltsjahr 2025 verringert sich mittelfristig der reale Handlungsspielraum des BMBF massiv. Frau Ministerin, auf Ihrer Homepage schreiben Sie: „Innovationen und Investitionen in Bildung, Ausbildung und Qualifizierung wollen wir daher deutlich erhöhen.“ Die Finanzplanung widerspricht Ihrem Versprechen. Aus welchem Grund soll der Etat wieder gesenkt werden? Danke.

Der **Vorsitzende**: Danke für diese Berichterstattenden-Runde. Nun kommen die Antworten von Frau Ministerin.

BM'in Bettina Stark-Watzinger (BMBF): Ja, ganz herzlichen Dank für die Anregungen, aber auch die konkreten Fragen. Lassen Sie mich auch eine Sache vor die Klammer ziehen, weil es jetzt mehrmals um Themen wie „Wie ist die Schulsituation?“, Investitionen, sowie der Frage nach dem Gebäudezustand ging. Mir ist sehr bewusst, wie die Situation im Schulsystem in diesem Land ist. Verstehen Sie mich da nicht falsch. Ich weiß, es ist auch keine befriedigende Antwort für die Bürgerinnen und Bürger, sowie die Familien draußen, aber wir leben in einem föderalen System. So wie die Aufgaben in diesem föderalen System zugeteilt sind, sind dem Bundesministerium für Bildung und Forschung nur ganz bestimmte Aufgaben zugeschrieben. Sie haben gesagt: „Heben Sie doch das Kooperationsverbot auf.“ Meine Hand ist da ausgestreckt. Da würde ich drauf eingehen, aber das habe nicht ich allein zu entscheiden, sondern das ist eine gemeinsame Entscheidung.

Jetzt nochmal zu dem, was von der AfD kam. Ich habe es eben schon gesagt: Mir ist die Situation

sehr bewusst. Aber da, wo der Bund unterstützen kann, tut er das. Sie haben das Startchancen-Programm angesprochen. Das Startchancen-Programm mit den drei Säulen besteht aus zusätzlichen Mitteln für eine moderne Lernumgebung, zusätzlichen Mitteln zur freien Verfügung, um Förderung oder eine spezielle Profilbildung in Schulen durchzuführen und als dritte Säule die Schaffung multiprofessioneller Teams, um Lehrerinnen und Lehrer zu entlasten, damit sich diese auf das konzentrieren können, was sie machen möchten - nämlich unterrichten. Sie haben gesagt, das wirkt nicht. Ich glaube, das gibt unheimlich viele Lebenschancen, denn ich war schon in vielen Schulen. Ich kann es nur jedem hier raten, mal in so eine Schule zu gehen, um zu sehen, was da für eine Aufbruchstimmung herrscht. Schon allein, weil die Aufmerksamkeit mal auf eine Schule gelenkt wird, die es besonders schwer hat und die vielleicht nicht mit glänzenden Broschüren für sich werben kann. Da existiert ein Aufbruchgeist. Vor allem den Elan und die Motivation vor Ort sollte sich jeder anschauen. Wem das nichts sagt, soll sich die Zahlen anschauen. Das IW Köln (Institut der deutschen Wirtschaft) hat sich das Programm nochmal angesehen und berechnet, was eigentlich die volkswirtschaftliche Wirkung ist, wenn wir es schaffen, die Basiskompetenzen der Schülerinnen und Schüler zu erhöhen. Wir fokussieren uns gerade auch sehr stark auf den Grundschulbereich, wo der Bildungsweg auch nach der frühkindlichen Bildung noch sehr am Anfang liegt. Das IW Köln hat gesagt, dass, wenn Bund und Länder gemeinsam 20 Milliarden Euro investieren und die Ziele erreicht werden, unsere Volkswirtschaft bei 100 Prozent der erreichten Ziele 100 Milliarden Euro dazu gewinnt. Hinterher können diese Mittel auch wieder für andere Dinge zur Verfügung stehen, die wir uns als Gesellschaft vornehmen, weil weniger Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss abgehen und weil die Kompetenzen erhöht sind. Insofern ist das also etwas, was wir mit der Wissenschaft zusammen entwickelt haben. Ich vertraue der Wissenschaft, dass sie mit uns ein Programm gestaltet haben, das auch seine Wirkung entfalten wird. Dass dieses nicht alle Probleme im Bildungssystem lösen wird, das wissen wir. Aber das ist ein erster Schritt und wir brauchen diese Trendumkehr im Bildungssystem.



Ich möchte auch nochmal das BAföG ansprechen, das ist auch von vielen angesprochen worden. In der Tat hat Kollege Kaczmarek das schon richtig beschrieben: Jeder der es beantragt - und das ist der Titel, bei dem ich mich freuen würde, wenn er überzeichnet wird, alle anderen Titel sind immer ein bisschen schwieriger - bekommt auch die Mittel. In der letzten Legislaturperiode konnten viele Mittel wieder nicht genutzt werden, weil - ich formuliere es mal so - die Ansätze nicht sachgerecht waren. Deswegen orientieren wir uns mit Blick auf die Bereitstellung der Mittel an der FIT-Prognose, weil wir in Zeiten, in denen die Haushaltssituation schwierig ist, möglichst realistisch veranschlagen wollen. Als Folge sollen die Mittel, die zur Verfügung stehen, auch voll genutzt werden können und nicht am Ende des Jahres nicht für Forschung und Innovation zur Verfügung gestanden haben. Insofern ist das etwas, was wir anhand dieser Prognose tätigen.

Es ist der DigitalPakt angesprochen worden, um jetzt im Bildungsbereich zu bleiben. Es gab in der letzten Woche nochmal eine Länderbund-Arbeitsgruppe. Übrigens freue ich mich darüber, dass diese sehr vertrauensvoll gestaltet ist. Denn ich glaube, es ist besser, man sitzt am Tisch und unterhält sich miteinander. Ich bin mir sicher, dass beide Seiten - sowohl Bund als auch Länder - wissen, dass wir diesen DigitalPakt bis Ende des Jahres beschließen wollen, sodass er nächstes Jahr starten kann.

Es ist nach den Rahmenbedingungen gefragt worden. Natürlich gibt es auch viele Punkte, die man aushandeln muss. Aber vielleicht mal zwei, drei große Themen, die mit Blick auf den DigitalPakt auch öffentlich diskutiert werden.

Erstens: Es handelt sich um eine Länderaufgabe und es gibt einen Kabinettsbeschluss über eine 50-50-Finanzierung von Bund-Länder-Programmen. Ich halte es auch für richtig, dass wir unsere Interessen als Länder und Bund in diesen schwierigen Zeiten zusammenbündeln, um die Infrastruktur in den Schulen gut aufzustellen - insofern also eine 50-50-hälftige Finanzierung. Es ist auch nach den Volumen im Haushalt gefragt worden: Wir warten auch auf die Antwort bzw. auf das, was die Länder bereit sind, zu finanzieren. Dann erst können wir titelscharf für die nächsten Jahre die Planungen in unserem Haushalt angehen.

Zwei Dinge noch, die mir darüber hinaus noch wichtig sind: Wir brauchen dieses Gesamtkonzept - Ria Schröder hat das angesprochen -, weil natürlich sind Geräte allein nur Instrumente, die man nutzt. Es muss vielmehr auch mit pädagogischen Konzepten erfolgen und es müssen auch die Lehrerinnen und Lehrer die Fort- und Weiterbildung oder auch die Ausbildung erhalten, um diese Dinge nutzen zu können. Insofern ist es ein Gesamtkonzept, das wir vereinbaren wollen, damit wir die knappen Mittel wirklich so einsetzen können, dass sie ihre Wirkung entfalten.

Das Dritte ist - und das war auch mein Eindruck aus dem DigitalPakt 1.0 -, dass natürlich wieder eine Ungleichheit entsteht, wenn die Kommunen mitfinanzieren müssen. Uns ist es wichtig, dass wir einen Weg finden, damit die Mittel aus dem DigitalPakt 2.0 nicht dran scheitern, dass eine Kommune, die nicht so finanzstark ist, nicht die Kofinanzierung stemmen kann. Vielmehr sollen die Mittel bei allen Kindern ankommen. Das ist das Ziel, dass wir mit diesem DigitalPakt 2.0 von Bundeseite verfolgen und welches wir mit den Ländern verhandeln.

Es wurde noch mal die Frage nach der DATI gestellt. Ich kann Ihnen sagen, ich freue mich über Ihre Ungeduld, weil ich die auch habe. Denn die DATI ist wirklich eine große Chance. Ich habe gesagt, dass wir einen ganzheitlichen Innovationsansatz in der Bundesregierung haben. Das ist noch mal eine zentrale Chance, auch Bremsklötze im Forschungstransfer zu lösen. Sie stärkt diese Innovationsfähigkeit und die Wertschöpfung in unserem Land und Sie - Frau Reinalter - haben es erwähnt: Die ersten Pilotlinien, die auf den Weg gebracht wurden, zeigen, was für ein großes Potenzial existiert und wie groß das Interesse ist. Denn wir bauen sie bürokratiearm auf und fördern Ökosysteme auch noch mal vor Ort. Ich möchte mich an der Stelle auch noch mal bei der Gründungskommission bedanken, die den Prozess wirklich toll begleitet hat. Wir haben das Konzept mit zusätzlichen Impulsen erhalten - auch für die konkrete Ausgestaltung mit Blick auf die DATI. Unser Ziel ist es, im Oktober fertig zu sein. Es ist ein anspruchsvolles Vorhaben und wir wollen es von Anfang an ordentlich aufsetzen. Auch eine gründliche Befassung im Ressortkreis war notwendig und auch hier muss ich sagen, dass ich



mich über Interesse der anderen Ressorts freue, sich in die Diskussion einzubringen. Im Oktober folgt dann der Kabinettsbeschluss.

GMA (Globale Minderausgabe) – da kann mich der Staatssekretär Jens Brandenburg gleich noch ergänzen - ist mehrmals angesprochen worden. Ich möchte sagen, dass wir die ursprüngliche GMA von 1,4 Milliarden Euro auf 650 Millionen Euro reduziert haben. Das heißt, sie ist eigentlich nicht ungewöhnlich hoch für diesen Haushalt. Mit Blick auf die Frage der Gesamt-GMA - Sie haben die ca. 800 Millionen Euro genannt - ist es so, dass sich der DigitalPakt durch sehr unterschiedliche Mittelabflüsse auszeichnet. Es gibt auch eine GMA auf den DigitalPakt in Höhe von 163,5 Millionen Euro. Warum? Weil die Mittelanmeldungen der Länder zu Beginn des Jahres immer deutlich höher sind als die Mittelabflüsse. Das sind Erfahrungswerte und auch hier müssen wir mit Blick auf die Haushaltsplanungen realistisch arbeiten. Insofern handelt es sich um keine höhere GMA als normalerweise üblich.

Sie haben neue Finanzierungsquellen angesprochen, Herr Jarzombek. Da stellt sich in der Zeitenwende die Frage: Wie gestalten wir Forschung? Deswegen haben wir ein Papier zur Forschungssicherheit auf den Weg gebracht, bei dem es darum geht, wie wir uns diesen Fragen stellen: Etwa, dass heute in vielen Themenbereichen der Materialforschung und auch in anderen Forschungsbereichen – das brauche ich nicht aufzuzählen - eine vielfältigere Nutzungsmöglichkeit herrscht. Aber wir diskutieren diese Frage zusammen mit der Wissenschaft, indem wir das Forschungssicherheitspapier mit der Wissenschaft diskutieren, um dann zu sehen, wo es insofern Möglichkeiten gibt, auch verstärkt mit anderen Häusern zusammenzuarbeiten - Sie haben die Verteidiger angesprochen. Aber das ist etwas, was wir mit der Wissenschaft in den nächsten Wochen diskutieren, weil wir nicht gegen die Wissenschaft arbeiten.

Dann gab es noch die Frage zur Wissenschaftskommunikation. In der Tat finde ich den Antrag, der auch im Parlament beschlossen wurde, mit Blick auf die Frage der Wissenschaftskommunikation, immens wichtig. Ich möchte sagen, dass viel in den letzten Jahren

auf den Weg gebracht wurde, auch mit Blick auf Wissenschaftskommunikation. Das Schöne am Erfolg ist, dass er sich in die einzelnen Bereiche überträgt. Wissenschaftskommunikation ist nichts Losgelöstes, sondern sie hat auch mit Themen und Programmen zu tun. Dass Dinge wie Partizipation, wie Kommunikation, auch in den Fachabteilungen geleistet werden – dass das, was im Rahmen der Wissenschaftskommunikation erarbeitet wurde, auch in den Fachabteilungen gelebt, umgesetzt und mitberücksichtigt wird – führt dazu, dass die Zahlen etwas kontraintuitiv sind. Diese gestalten sich im realen Leben anders.

Aber Sie haben auch noch einen anderen wichtigen Punkt angesprochen: die Alpha-Dekade, eine Dekade, die jetzt langsam ihrem Ende entgegengeht. Ich möchte sagen, dass wir keine Mittel kürzen. Projekte werden vielmehr zu Ende geführt und laufen teilweise aus. Wir besprechen gerade auch die Frage der effektiven Nachfolgendermaßnahmen, die zu treffen sein können und wollen. Auch hier wollen wir aus der Alpha-Dekade lernen. Was aber wichtig ist, ist, dass wir auf jeden Fall das VHS-Lernportal (Volkshochschule) und die VHS-Lerntreffs weiter finanzieren - das sind auch Institutionen, die weithin bekannt sind und eine große Reichweite haben. Ich kann Ihnen auch sagen, dass die Alphabetisierung und Grundbildung für Erwachsene im BMBF trotz der natürlich nicht ganz einfachen Haushaltssituation, die alle Häuser haben, einen hohen Stellenwert hat. Zum Beispiel werden im Herbst 2024 bis ins Jahr 2027 zehn neue praxisorientierte Entwicklungsvorhaben und ein begleitendes Meta-Vorhaben befördert. Wir unterstützen die Forschung weiter und es geht jetzt auch darum, das, was in der Alpha-Dekade entwickelt wurde, in den Regelstrukturen der Länder nachhaltig zu verankern.

Frau Sitte, wir hatten am Montag schon die Gelegenheit sehr intensiv über einige beziehungsweise alle Punkte des Haushalts zu diskutieren, da Sie den Haushalt von uns begleiten. Die mittelfristige Finanzplanung haben Sie angesprochen. Die mittelfristige Finanzplanung ist erstmal nur ein Entwurf, der in den nächsten Jahren weiterentwickelt wird. Insofern werden wir uns weiter dafür einsetzen, im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung beziehungsweise den nächsten Haushaltsjahren



fortzusetzen, was wir in diesen Jahren in jedem Jahr gemacht haben - nämlich die Stärkung von Bildung und Forschung.

Sie haben einen Pakt für berufliche Bildung genannt. Ich möchte Ihnen sagen, das ist der Pakt für berufsbildende Schulen. Wir haben die Exzellenzinitiative für berufliche Bildung, aber der Pakt für berufsbildende Schulen ist etwas, was auch in Länderzuständigkeit liegt. Dort liegt auch die Federführung für die beruflichen Schulen, da sie in den Kultusministerien liegen. Dieser Pakt für berufliche Bildung umfasst aber nochmal alle Stakeholder - hierüber haben wir intensiv gesprochen -, auch Leute und Teilnehmer an diesen Gremien, die bisher nicht in die Diskussion über berufliche Bildung eingeschlossen waren, nämlich auch nochmal die Schulen direkt. Denn wir wollen hier die Kräfte mit Blick auf die Situation der berufsbildenden Schulen bündeln. Insofern ist das etwas, was wir mit begleiten, wo aber die Federführung auf Länderebene liegt.

Bevor ich auf Jens Brandenburg für Ergänzungen verweise, gehe ich noch auf die Frage des Wasserstoffes ein. Für uns sind die Zukunftstechnologien in der ganzen Breite wichtig und dazu gehört natürlich auch die Frage des Wasserstoffs. Im Kernhaushalt führen wir die Projekte mit Blick auf die Wasserstoffförderung auch konsequent weiter. Das geht aber auch hier ein Stück weit in die Anwendung über. Was Sie angesprochen haben, ist meines Wissens - es sei denn unsere Haushälter korrigieren mich - ein Teil dessen, was auch mit dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts und der Ausrichtung des KTFs (Klima- und Transformationsfonds) zusammenhängt. Es wurden auch Ideen für den KTF entwickelt und ich bin sehr dafür, dass wir Zukunft aus dem KTF finanzieren, aber dieser hat enge Rahmenbedingungen dahingehend, was finanziert werden darf. Das hat etwas damit zu tun, dass durch den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts und die Konsolidierung im KTF leider auch ein Teil dieser Titel betroffen war und dass wir kontinuierlich weiter fördern. Daher müssen wir schauen, wie wir in den nächsten Haushaltsjahren wieder mehr Förderung erreichen können.

PSSt Dr. Jens Brandenburg (BMBF): Zu ein paar technischen Fragen, die zur GMA noch offen waren, der Hinweis, lieber Thomas Jarzombek: Es ist der Eindruck entstanden, dass die GMA nochmal vom Plafond, also von den 22,3 Milliarden Euro, die zweieinhalb Milliarden Euro größer sind als von der Vorgängerregierung geplant, abgezogen werden würden. Das ist nicht der Fall. Das kommt vielmehr zusätzlich obendrauf. Es handelt sich also nicht um eine Kürzung. Doch rein technisch können wir da gerne am Rande auch nochmal ausführlicher drauf eingehen. Die GMA kommt haushaltstechnisch obendrauf. Das erlaubt uns über die 22,3 Milliarden Euro hinaus zusätzliche Mittelbindungen und im Vergleich zur Vorgängerregierung ist es uns durchaus gelungen, auch mit dieser GMA sehr viel treffsicherer umzugehen. Es sind also nicht wie an vielen Stellen in der Projektförderung oder allein in der letzten Legislaturperiode beim BAföG 2 Milliarden Euro ungenutzt in den Gesamthaushalt zurückgeflossen. Wir sorgen vielmehr dafür, dass wir die Euros, die wir im Haushalt zur Verfügung bekommen, tatsächlich auch stärker in Bildung und Forschung investieren können.

Zum BAföG nur stichpunktartig ergänzt: Die Gründe, dass beispielsweise auch bei den Auszubildenden, also Schülern und Schülerinnen im Erziehungsbereich - Kohorten, also Jahrgänge, Abiturjahrgänge etc. - zunehmende Abwanderung Richtung Aufstiegs-BAföG vorhanden sind, spielt eine Rolle und das sollte man mitberücksichtigen.

Zum DigitalPakt möchte ich nur kurz erwähnen: Die 50-50 Finanzierung, die wir in den Verhandlungen mit Kabinettsauftrag vertreten, wird seitens der CDU/CSU-Fraktion im Haushaltsausschuss sehr klar eingefordert. Es würde mich sehr freuen, wenn Sie sich gegenüber den Kultusministerien und auch gegenüber Ihren Parteifreunden und -freundinnen auf Landesebene entsprechend mit uns gemeinsam dafür einsetzen, dass wir da zu einer Lösung kommen.

Eine kurze Zahl zur Wissenschaftskommunikation: Auch hier sind wir mit 23,75 Millionen Euro nochmal deutlich erkennbar über dem letzten Titel-Ansatz der Vorgängerregierung. Dieser lag bei 20 Millionen Euro. Zusätzlich – das hat die Ministerin erwähnt – hat sich dies inzwischen als



Querschnittsaufgabe quer durch das Haus verankert und gestärkt.

Zur finanziellen Bildung war, wenn ich das richtig sehe, noch der Wunsch der Kollegin Reinalter nach einer genauen Aufschlüsselung offen. Das liefern wir gerne. Ich möchte an der Stelle aber betonen, dass auch Finanzbildung - das zeigen ja die Handlungsempfehlungen der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) gestern - durchaus zur Grundbildung dazugehören. Frauen sind derzeit beispielsweise benachteiligt und es herrscht auch ein geringerer Zugang von Menschen mit niedrigerem Einkommen. Das wollen wir ändern. Insofern dürfen nicht Buchstaben gegen Zahlen ausgespielt werden, sondern beides gehört in Summe mit dazu.

Letzte Anmerkung noch kurz zu den Zahlen, auch im Zusammenhang mit GMA und DigitalPakt: Die Ministerin hat eben angedeutet, dass die Mittelanmeldungen der Länder regelmäßig deutlich über dem liegen, was am Ende abfließt. Im Jahr 2022 waren knapp 1,5 Milliarden Euro Anfang Juli angemeldet, am Ende ist nur die Hälfte davon abgeflossen. Im Jahr 2023 waren das knapp 1,6 Milliarden und am Ende ist nur knapp über eine Milliarde abgeflossen. Es ist Gegenstand der Verhandlungen, das im nächsten DigitalPakt auch nach der Karlsruher Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts treffsicherer zu machen. Aber das ist der technische Grund, wieso wir beim DigitalPakt 1.0 auch jetzt im jahresscharfen Haushalt diese technische GMA einstellen müssen. Die Mittel werden abfließen.

Der Vorsitzende: Liebe Kolleginnen und Kollegen, Hinweise zur Sitzungsleitung: Wir hatten vorab besprochen, dass in der Nachfragerunde zwei Minuten für Fraktionen und eine Minute für die Gruppen bleibt. Das wären 16 Minuten. Dann hätte die Ministerin noch zwei Minuten Zeit zur Beantwortung. Das ist unrealistisch aus meiner Sicht, weil alle Ministerinnen und Minister um 10.45 Uhr ins Kabinett losmüssen. Deshalb wäre es schön, wenn Sie es in den Fraktionen in einer Minute und in den Gruppen in einer halben Minute schaffen würden. Es wäre prima, wenn Sie noch Antworten bekommen wollen. Dann kommen wir jetzt zu Oliver Kaczmarek, SPD.

Abg. Oliver Kaczmarek (SPD): Herr Jarzombek,

ich weiß nicht, ob es Sinn macht, die Haushaltsaufwüchse zu vergleichen, weil die finanzpolitischen Rahmenbedingungen andere waren. Aber man muss Ihnen schon noch sagen, dass es die CDU unter der Führung von Frau Merkel war, die diese Haushaltsaufwüchse hinbekommen hat. Sie wissen, dass Herr Merz andere Prioritäten hat. Deswegen wärmen Sie sich wahrscheinlich auch etwas an dem Blick in die Vergangenheit. Aber das muss man schon noch mal klarstellen.

Ich möchte eine Frage stellen: Der Haushaltsausschuss hat Sie, Frau Ministerin, beauftragt, ein Konzept zur Frage vorzulegen, wie Dauerstellen in der Wissenschaft finanziert werden können. Ich fand einige Äußerungen aus den Ländern, wie sie den Beschluss des Bundestags kommentiert haben und abräumen wollten, verstörend. Aber ich möchte Sie fragen, wie der Stand ist und ob Sie den Bericht fristgerecht vorlegen werden. Für die SPD-Fraktion ist das nur ein Teil des Themas „Gute Arbeit“, weil für uns das Thema Arbeitnehmerrechte, wie wir sie im Wissenschaftszeitvertragsgesetz beschreiben und wie sie individuell einklagbar sein können, Vorrang hat. Aber trotzdem möchte ich zunächst die Frage nach dem Bericht stellen.

Abg. Thomas Jarzombek (CDU/CSU): Frau Ministerin, Sie haben mit offener Wahrheit gesagt, dass die mittelfristige Finanzplanung nur ein Entwurf ist und sie weiterentwickelt werden muss. Interessant, dass Sie sich seit drei Jahren immer genau darauf beziehen, wie erfolgreich Sie sind. Das will ich mal festhalten. Deshalb mussten wir schmunzeln. Unbeantwortet blieben unsere Fragen zur globalen Minderausgabe. Deshalb möchte ich sie wiederholen: Bezogen auf die 800 Millionen Euro, die jetzt schon im Haushalt drinstehen, haben Sie, Herr Brandenburg, gesagt, dass Sie diese zielsicherer einsetzen würden. Haben Sie eine konkrete Vorstellung, wo? Das würden wir gerne erfahren.

Zum Zweiten haben Sie die Frage nach den 12 Milliarden Euro dieser Bodensatz-GMA komplett ignoriert. Wie viel davon wird auf das BMBF entfallen?

Dann darf ich Ihnen nochmal sagen: Im DigitalPakt 1 besteht eine Lücke von fast 1,5



Milliarden Euro. Sie haben gesagt, in der Vergangenheit wurde langsamer abgerechnet. Wir haben aus Ihrem Hause immer wieder gehört, dass das erst mal anlaufen müsste. Jetzt läuft das System.

Dann würde mich nochmal bei der DATI interessieren: Sie haben Oktober gesagt. Wir haben immer wieder optimistische Schätzungen gehört. Was ist denn jetzt eigentlich passiert in den drei Jahren, seit Herr Sattelberger diese DATI so großspurig verkündet hat?

Zuletzt zum Thema KTF: Frau Ministerin, Sie haben gesagt, das Verfassungsgericht hätte ein Problem bereitet. Aber für Intel wollten Sie die 10 Milliarden Euro ja ausgeben. Was spricht also dagegen, weniger für etwas Interessantes auszugeben? Beziehungsweise wie hätten Sie die 10 Milliarden dann finanziert?

Abg. **Laura Kraft** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr geehrte Frau Ministerin, ich möchte auch nochmal auf das Bund-Länder-Programm eingehen. Das habe ich auch schon mehrmals getan. Ich werde auch an dieser Stelle nicht müde, das zu tun, weil es ein wesentlicher Bestandteil ist, wenn wir nachhaltig bessere Beschäftigungsverhältnisse in den Hochschulen wollen. Es gab einen Maßgabebeschluss aus dem Haushaltsausschuss. Deswegen gehe ich auch davon aus, dass Sie fristgerecht ein Konzept vorlegen werden. Aber das Ganze bringt natürlich nichts, wenn das nicht auch mit finanziellen Mitteln hinterlegt ist. Derzeit ist dafür kein Titel geschaffen worden. Es ist aber auch nirgendwo anders im Entwurf mit aufgeführt, wo man das auch hätte mit unterbringen können. Da mache ich mir ehrlicherweise große Sorgen. Ich möchte insofern schon nochmal betonen, dass wir das wirklich brauchen, um es den Hochschulen zu ermöglichen, nachhaltig mehr Stellen, befristete Stellen, auch im Mittelbau schaffen zu können. Denn wir haben immer noch die Motivation, ein gutes oder ein verbessertes Wissenschaftszeitvertragsgesetz auf den Weg zu bringen. Aber es muss flankiert werden durch andere Maßnahmen, weil das sonst schlichtweg nicht möglich ist. Daher bitte ich Sie, dazu Stellung zu nehmen, wie das gelingen soll.

Abg. **Dr. Götz Frömming** (AfD): Zunächst, Herr Staatssekretär, eine Nachfrage: Sie erwähnten den

DigitalPakt und haben in Aussicht gestellt, dass sich hier die Länder zu 50 Prozent beteiligen könnten. Wie Sie wissen, haben beim DigitalPakt 1.0 die Länder genau deshalb eine Beteiligung 16 zu 0 im Bundesrat, beziehungsweise auch im Vermittlungsausschuss, abgelehnt. Was macht Sie so zuversichtlich, dass dieses Mal die Länder mit an Bord sind?

Dann eine Frage an Sie, Frau Ministerin: Die Kollegin von der FDP hat gefordert, den DigitalPakt auch dafür zu nutzen, um die Meinungsbildung oder Meinungskontrolle in den Schulen zu verstärken. Das verstehe ich zwar aufgrund der Ergebnisse der FDP nach der Brandenburgwahl, aber halten Sie es wirklich für richtig, den DigitalPakt hier auch inhaltlich zu nutzen?

Dann noch eine weitere Frage zum Deutschlandstipendium: Da fand jetzt schon sehr lange keine Evaluation mehr statt. Der Vorsitzende hat schon vor Jahren gesagt, dass das eigentlich ein Ladenhüter sei und das wegmüsse, und einst war das ein Vorzeigeprojekt der Union. Wie sehen Sie das? Wie sehen Sie vor allen Dingen den Vorschlag, der früher von den Grünen oder Herrn Gehring gemacht wurde, die Stipendien lieber für Flüchtlinge zu nutzen? Also wie ist die Zukunft dieses Deutschlandstipendiums? Vielen Dank.

Abg. **Ria Schröder** (FDP): Ich finde das schon sehr entlarvend, wie viel Angst die AfD vor medienkompetenten Schülerinnen und Schülern hat. Das sagt ganz viel über ihre Politik. Wir haben nicht von Meinungsbeeinflussung, sondern von Kompetenz in den digitalen Medien gesprochen. Insofern glaube ich, haben Sie sich hier vielleicht ungewollt selbst entlarvt.

Ich möchte nochmal auf das Thema Bund-Länder zu sprechen kommen. Das scheint mir ein ganz zentrales Thema zu sein. Wir haben bereits über den Zukunftsvertrag gesprochen, über das Startchancen-Programm, den DigitalPakt. Ich glaube, das ist ein etwas leidiges Thema. Wir haben die Debatte auch jedes Mal wieder im Plenum. Es wird dann vielleicht auch vom stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Union angesprochen. Wer ist eigentlich wofür zuständig? Das Grundgesetz gibt da eine klare Antwort. Für Bildung sind die Länder zuständig.



Der Bund darf da gar nichts machen, hat insofern keine Entscheidungshoheit. Dennoch gibt es natürlich einen großen Bedarf. Jetzt wäre der Königsweg eine Änderung des Grundgesetzes. Dafür gibt es aber keine Mehrheit, weder in diesem Haus noch eine Bereitschaft auf Seiten der Länder. Also probieren wir Wege zu finden, das zu lösen. Ich glaube, insoweit fordern alle Anstrengungen, die der Bund auch macht, um den Ländern zur Seite zu springen, großen Respekt. Ich wünsche mir, dass die Länder da mit einer offenen Hand gemeinsam verhandeln, damit wir am Ende beim DigitalPakt, beim Startchancen-Programm und auch bei anderen Programmen, etwas Gutes für die Kinder und Jugendlichen in unserem Land schaffen. Denn das steht im Zentrum.

Abg. **Nicole Gohlke** (Die Linke): Ich möchte gerne noch etwas zum Studierenden-BAföG fragen: Der Titel soll auf 1,4 Milliarden Euro absinken. Damit ist er unter dem Ist-Wert von 2023 und es korrespondiert überhaupt nicht mit den ziemlich verlässlichen Prognosen des Fraunhofer-Instituts. Wir haben letzte Woche dazu eine schriftliche Frage gehabt und von Ihnen eine Antwort bekommen. Da wird die prognostizierte Fördersumme auf fast 2,7 Milliarden Euro festgesetzt. Das heißt, wir haben ein Delta von 1,3 Milliarden Euro. Ich finde, diese Summe ist einfach zu groß, um das lapidar mit „Ja, ja, das ist ein Leistungsgesetz, das wird dann schon irgendwie kommen oder wird dann schon irgendwie bei Bedarf ausbezahlt“ abzufühstückeln. 1,3 Milliarden Euro ist schon eine Summe, bei der es erklärungsbedürftig ist, wenn sie nicht im Haushalt ist. Ich möchte mich gerne den Fragen zur Schaffung von Dauerstellen in der Wissenschaft anschließen. Sie haben gesagt, dass es ein Konzept gibt, das in Vorbereitung ist. Wir sehen seit fast einem Jahr nichts davon. Zusätzlich gibt es dazu keinen Titel im Haushalt. Dieses Programm muss doch so umfassend sein, dass es sich eigentlich nicht in anderen Titeln verstecken kann. Könnten Sie dazu bitte Stellung nehmen?

Abg. **Ali Al-Dailami** (BSW): Wir haben keine Nachfragen, danke.

Abg. **Martin Rabanus** (SPD): Ich versuche es kurz zu machen. Ich bin Ihnen dankbar, Frau Ministerin, dass Sie nochmal das Thema Alpha-

Dekade aufgenommen haben. Allerdings ist das noch nicht so, wie ich das gut finden würde, weil ich aus Ihren Worten nicht wirklich habe entnehmen können, wie denn eine Fortsetzung dieser so wichtigen Arbeit aus Sicht des BMBF aussehen kann. Denn wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass nach dieser Dekade der Job nicht erledigt ist. Im Gegenteil ist in den zehn Jahren sicherlich viel an Kompetenz aufgebaut worden bei denjenigen, die die Maßnahmen getragen haben. Deswegen glaube ich, ist es wichtig, nicht allein darauf zu setzen, dass die Länder nun implementieren, sondern vielmehr, eine Rolle des Bundes zu verstetigen. Ich glaube, dass es deswegen auch wichtig ist, Mittel, die dazugehören, zu verstetigen. Ich verstehe selbstverständlich, was da haushaltstechnisch passiert, aber ich glaube, dass wir es politisch nochmal anders aufladen müssen und uns auch die Zeit nehmen werden in den kommenden Monaten, hier nochmal gemeinsam Hand anzulegen und gegebenenfalls auch nachzusteuern. Ich wäre sehr froh, wenn das BMBF das auch so sehen würde.

Abg. **Stephan Albani** (CDU/CSU): Ja, herzlichen Dank auch dafür, dass Sie Long-Covid und ME/CFS erwähnt haben. Aber ähnlich wie der Kollege Rabanus bin ich auch enttäuscht, dass die Konkretisierung fehlt. Denn wir wissen, es handelt sich hier um wirklich dicke Bretter, die in derartigen Erkrankungen, also als Gesamtgruppe der postviralen Erkrankung, zu bohren sind. Wir haben von Ihnen bei unseren kleinen Anfragen in der Vergangenheit immer ein Sammelsurium von einzelnen Projekten, die unfraglich gut sind, aber aus verschiedenen Programmen finanziert worden sind, genannt bekommen. Wir haben immer angemahnt, dass es hier einer klaren Schwerpunktsetzung, auch ein Untermauern mit einem entsprechenden Förderbetrag bedarf, sodass sich die Community in Bewegung setzt. Das fehlt bis heute. Können Sie bitte Konkretes dazu sagen?

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, damit schließe ich die Nachfragerunde und bitte Frau Ministerin um die Beantwortung der Fragen.

BM'in Bettina Stark-Watzinger (BMBF): Ganz herzlichen Dank für die Nachfragen. Es fokussiert sich auf einige Themen.



Herr Albani, ich beginne mit der Frage zu Long-Covid, Post-Covid. In der Tat haben Sie schon umfangreiche Informationen von uns bekommen, weil wir das Thema sehr ernst nehmen. Das ist eine komplexe Erkrankung, die anschließend eine postvirale Erkrankung ist. Der Forschungsbedarf in diesem Bereich ist nach wie vor sehr hoch. Wir haben das Thema unabhängig von aktuellen zeitlichen Abläufen und mit hoher Priorität aufgegriffen und werden es kontinuierlich weiterführen. Seit Mai 2021 hat das BMBF ein Fördervolumen von rund 60 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Wir haben Ihnen die Liste - Sie haben es ja gesagt - zur Verfügung gestellt, weil wir sowohl die Erforschung als dann auch die Behandlung - wir wollen unter anderem neue Wege gehen und Vernetzungsthemen schaffen - fördern. Darüber hinaus sind wir auch mit den institutionell Geförderten zusammengekommen, also mit den Forschungseinrichtungen in unserem Land, die eine Grundfinanzierung bekommen und die sich diesem Thema widmen. Wir vernetzen, wir bündeln und wir unterstützen also auch die Komplementarität, dass sich das, was an Forschung da ist, miteinander abstimmt, aber eben auch die Kräfte bündelt. Zum Beispiel fördern wir ein Leibniz-Institut oder andere Institute in diesem Bereich, die nicht in einer einzelnen Projektförderung bei uns aufgeführt sind - also das, was institutionell mit den Projektfördermitteln da ist.

Mit Blick auf die Frage zum Deutschlandstipendium: Man ist mit dem Ziel, 8 Prozent der Studierenden zu fördern, gestartet. Das ist nicht erreicht. Es sind circa 1,1 Prozent. Trotzdem finde ich das toll. Zum einen ist es eine Kofinanzierung. Das heißt, dass auch private Mittel mit akquiriert werden. Jeder Euro mehr und jedes Talent mehr, das wir fördern können, ist eine sehr gute Sache. Wenn man sich mal die Lebensläufe der Geförderten anschaut, muss man sagen, es wäre natürlich toll, wenn es noch mehr wären, aber man sollte nicht aufhören, die Anstrengungen weiterzuentwickeln. Sie haben konkret nach einer Evaluation gefragt. Die ist beauftragt, weil kontinuierlich Verbesserungen passieren, wir aber dieses sehr gute Instrument natürlich auch weiterentwickeln wollen und die Talente möglich machen.

Mit Blick auf die Fragen zu DATI habe ich schon

gesagt: Sie soll jetzt im Oktober auf den Weg gebracht werden und in die Umsetzung gehen. Die Ressort-Abstimmung ist dann abgeschlossen.

Es gab sehr viele Fragen zum Thema Dauerstellen. Wir haben einen Arbeitsauftrag bekommen, einen Bericht zu erstellen. Diesen werden wir auch zeitgerecht dem Parlament vorlegen, weil die Prozesse angelaufen sind. Ich möchte aber auch hier in diesem Haus sagen, dass es im Augenblick drei Parallelprozesse gibt. Der Wissenschaftsrat beschäftigt sich mit dem Thema im Rahmen des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes. Die KMK (Kultusministerkonferenz) hat sich aufgespalten in die Schulseite und die Wissenschaftsseite. Wir haben auch in der letzten GWK (Gemeinsame Wissenschaftskonferenz) das Thema adressiert. Die neue Wissenschaftskonferenz möchte das als Thema auf ihre Tagesordnung setzen. Wir werden uns daran beteiligen, weil am Ende des Tages ist das ein Thema, das wir nur mit den Ländern lösen können. Ich möchte noch mal erinnern: Mit dem Zukunftsvertrag „Studium und Lehre“ geben wir schon mehr Möglichkeiten, Dauerstellen zu errichten. Auch mit dem Tenure-Track-Professuren unterstützen wir die Modernisierung und auch die Planbarkeit. Dass im Gesamtsystem gerade die Frage des Mittelbaus mit Blick auf Projektförderung und Planbarkeit ein Thema ist, wissen wir. Aber wir können es eben nicht ohne die Länder lösen, sondern die Dauerfinanzierung der Hochschulen liegt originär bei den Ländern. Es sind Stakeholder-Prozesse gelaufen und wir wollen natürlich auch hier zur Modernisierung beitragen, aber wir können es nicht ohne die Länder machen.

Die Frage DigitalPakt: Ich glaube, da hat die Kollegin Schröder alles zu gesagt. Man muss Medienkompetenz haben. Wir sehen doch heute, was mit Blick auf Fake News und Ähnlichem passiert. Es geht darum, zu erkennen: Wo kann ich mir denn Informationen holen? Es geht nicht darum, dass der Staat der Informator ist, sondern um Medienkompetenz, sich mal Quellen und Verlässlichkeit anzuschauen, überhaupt mal Algorithmen zu verstehen und zu erkennen, was das eigentlich heißt. Wenn man ein Instrument nutzt, sollte man schon auch wissen, was das bedeutet. Man muss nicht die ganze Gebrauchsanweisung lesen, aber man sollte eine Vorstellung davon haben, was das bedeutet. Da



sich die Digitalisierung und künstliche Intelligenz deutlich weiter ausbreiten wird in unserem Leben, ist das eine dringende Notwendigkeit, auch die Schülerinnen und Schüler auf die Zukunft vorzubereiten.

Alpha-Dekade: Die läuft bis 2026 und den Zeitraum wollen wir nutzen, auch aus den Erfahrungen der ersten Alpha-Dekade zu lernen. Das ist ein sehr kleinteiliges Programm. Da muss man zu den Menschen vor Ort kommen. Ich glaube, es tut uns gut, es zu evaluieren und zu lernen. Deswegen, das sagte ich ja vorhin - weil die Kollegin Reinalter zu Recht danach gefragt hatte – bringen wir in dieser Übergangsphase die Förderlinien in einem anderen Titel aus und schaffen diese Übergangspfade. Ich freue mich auf die Diskussion zusammen mit den Ländern, wie es weiter auszugestalten ist.

PSSt Dr. Jens Brandenburg (BMBF): Zur Frage von Kollegen Thomas Jarzombek: Du hast dich konkret auf meine Äußerung mit der Treffsicherheit bezogen. Ich würde versuchen, das nochmal anschaulicher zu erläutern. Wir sind, anders als viele andere Bundesministerien, ein Haus, was sehr stark über Projektförderung arbeitet. Das bringt mit sich, dass man bei Projekten am Ende häufig Projekte hat, die dann doch nicht zustande kommen oder Minderabflüsse haben, weil beispielsweise das Personal noch nicht rechtzeitig gefunden wurde etc. Es heißt, es kommt in manchen Projekten standardmäßig in ganz normalen Zeiten immer zu Minderabflüssen. Die Krux ist, dass wir am Anfang des Jahres noch nicht wissen, in welchen Projekten und in welchen Titeln genau das passiert. Das hat zur Folge, dass wir statistisch gesehen über den Haushalt am Ende auch diese Minderabflüsse haben. Deshalb brauchen wir auch ein Stück weit zur Steuerung im Vollzug des Haushalts, um diese Minderabflüsse nicht ungenutzt in den Gesamthaushalt zurückfließen zu lassen, sondern damit sie trotzdem in Bildung und Forschung ankommen, eine moderate GMA. Da hat sich diese Größenordnung von den 650 Millionen Euro herausgebildet - die anderen sind, das habe ich ja eben erklärt, technische Gründe bezogen auf die Anmeldung und Mittelbindung beim DigitalPakt. Wir sind jetzt zurück bei dem regulären Niveau von 650 Millionen Euro. Die kommen deshalb on top zu den 22,3 Milliarden

Euro, weil wir über den Plafond hinaus die 22,3 Milliarden Euro, also in den GMA-fähigen Titeln, weitere 650 Millionen Euro binden können - das heißt konkret, Anträge bewilligen. Wir sind aber natürlich in der Verantwortung, am Ende des Jahres sicherzustellen, dass der Mittelabfluss, diese GMA, - man spricht da haushalterisch von erwirtschaften - trotzdem am Ende nicht über den 22,3 Milliarden Euro landen.

Was ich an der Stelle mit „Treffsicher“ meinte, ist vor allen Dingen, dass wir in der Vergangenheit, in den Jahren, oftmals höhere Minderabflüsse hatten, als das, was wir für die GMA erwirtschaften mussten. Wir haben jetzt tatsächlich auch in intensiver Zusammenarbeit mit unseren Fachabteilungen dafür gesorgt, dass wir an dieses Ziel der GMA, an diesen Wert, deutlich näher rankommen, ihn also gerade so erreichen. Das müssen wir, aber wir sollten nicht in großen Summen unnötig darüber hinaus Minderabflüsse haben, die wir nicht nutzen können. Das ist meines Erachtens unabhängig vom Haushalt an sich, sondern im Hinblick auf den Vollzug, eine positive Entwicklung.

Noch etwas, was jetzt nicht unseren Einzeletat speziell betrifft, sondern eine übergreifende Frage darstellt, die auch Gegenstand des parlamentarischen Verfahrens ist. Der Finanzminister Christian Lindner hat auch bereits konkrete Vorschläge unterbreitet. Das ist – wie gesagt – Gegenstand insgesamt der Beratungen, weniger dieses Einzeletats an sich. Da arbeiten wir mit den Zahlen, die wir bei uns auch haben.

Zu Frau Kollegin Gohlke bezüglich der Zahlen zu BAföG: Ich konnte das mündlich in der Kürze der Zeit offen gesagt nicht 100 Prozent nachvollziehen. Es gibt verschiedene Effekte. Beim BAföG ist auch nur der Zuschussanteil direkt bei uns vorhanden. Der Darlehensanteil ist bei der KfW angesiedelt und macht bei uns mit den damit verbundenen Kosten eine deutlich geringere Größenordnung aus. Aber die Darlehen laufen nicht über den Bundeshaushalt. Falls Sie sich auf die Ist-Zahlen in der Vergangenheit bezogen haben, sind das auch Effekte des Heizkostenzuschusses. Vielleicht können wir es pragmatisch so machen, dass Sie mir konkret nochmal die Zahlen, auf die Sie sich beziehen, einfach per E-Mail zuschicken. (Zwischenruf) Die eine Antwort kenne ich, die habe ich auch noch



im Kopf. Aber ich verstehe den von Ihnen konstruierten oder dargestellten Widerspruch zu den Zahlen im Haushalt nicht. Da können wir gerne die Antwort geben, wenn Sie uns das per E-Mail nochmal zuschicken. Ich kann Ihnen jedenfalls versichern, dass die Zahlen, die hier im Einzeletat im Haushalt hinterlegt sind, genau auf den Prognosen, die das FIT für uns berechnet hat, beruhen. Da wird also jetzt nicht geschönt oder gedreht, sondern die sind Grundlage unserer Haushaltsberatung.

Der **Vorsitzende**: Dann halte ich für den Ausschuss fest, dass einzelne Fragen nochmal schriftlich beantwortet werden. Ich möchte auch als Vorsitzender des Ausschusses und als Haushaltsgesetzgeber das Ministerium daran erinnern, dass der Maßgabebeschluss des Haushaltsausschusses zum Ausbau des Tenure-Track-Programms und der Eckpunkte bis zum 30.09. vorliegen muss. Das war auch Gegenstand der Debatte. Als Hinweis noch für alle Kolleginnen und Kollegen und Zuschauer und Zuschauerinnen, dass die Schlussberatung unseres Einzelplans 30 in der nächsten Sitzungswoche, in der nächsten Ausschusssitzung, mit den entsprechenden Änderungsanträgen der Fraktionen und Gruppen hier behandelt wird. Ich bedanke mich bei Frau Ministerin und auch beim Staatssekretär für die Debatte zum Haushalt und schließe damit den Tagesordnungspunkt 1. Dankeschön.

Tagesordnungspunkt 2

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Für einen pragmatischen, innovationsfreundlichen Rechtsrahmen für Fusionskraftwerke in Deutschland und Europa

Abg. **Thomas Jarzombek** (CDU/CSU) erklärt einleitend, dass viele Menschen sich die Frage stellen, wie die Energieversorgung in Zukunft aussehen werde. Es sei offensichtlich, dass Wohlstand und Industrie nur durch Technologien wie dem Fusionskraftwerk gesichert werden können.

Das Fusionskraftwerk sei eine völlig neue Technologie, die zwei wesentliche Vorteile habe. Erstens gebe es das Risiko der unkontrollierten Kettenreaktion nicht und zweitens entstehe nicht

so viel Atommüll. Deshalb sei man sich auch aus industriepolitischen Gründen einig, dass das Fusionskraftwerk für Deutschland eine interessante Technologie sei. Zudem gebe es zu den Fusionskraftwerken mit vier jungen Technologieunternehmen und jeweils unterschiedlichen Ansätzen, bereits viel Kompetenz in Deutschland. Diese unterschiedlichen Ansätze seien besonders interessant, weil man nie wisse, welche Technik sich am Ende wirklich durchsetze.

Die CDU/CSU-Fraktion betont, mit der Unterstützung solcher Unternehmen gehe es nicht nur darum, sich um die Energieversorgung Deutschlands zu kümmern. Vielmehr wolle man auch Ausstatter für die Welt werden. Bereits in der Vergangenheit sei Deutschland bei vielen Technologien und dessen Forschung weit oben gewesen, am Ende hätten allerdings andere Länder wie die USA das große Geschäft gemacht. Grundvoraussetzung sei deshalb ein regulatorischer Rechtsrahmen. Deutschland benötige privates Kapital und dies werde nur investiert, wenn der Rechtsrahmen dafür bereitstehe. Um mehr Rechtssicherheit zu schaffen, müsse außerdem klar sein, dass das Atomgesetz nicht für Fusionskraftwerke gelte.

Die CDU/CSU-Fraktion betont abschließend, wenn es keine regulatorischen Rechtsrahmen in Deutschland geben werde, sich viele Unternehmen in anderen Ländern ansiedeln werden. Auch die durchgeführte Anhörung habe diese Position bestätigt. Deutschland müsse endlich tätig werden.

Abg. **Holger Mann** (SPD) merkt an, die durchgeführte Anhörung habe gezeigt, dass man sich im Ausschuss darüber einig sei, dass es einen Rechtsrahmen für Fusionskraftwerke außerhalb des Atomrechtes brauche. Die erneute Aussprache zeige, dass an dieser Innovation großes Interesse bestehe.

Die SPD-Fraktion erläutert, dass der Besuch der National Ignition Faculty in Kalifornien auf der Delegationsreise nach San Francisco aufgezeigt habe, dass es auch Risiken, zum Beispiel in Form von Strahlung gebe. Auch wenn keine Kettenreaktion möglich sei, benötige man Sicherheitsvorschriften und Sicherheitsvorkehrungen, die mit einem enormen



Aufwand verbunden seien. Die SPD-Fraktion spricht sich dafür aus, den Rechtsrahmen in der notwendigen Gründlichkeit vorzubereiten, um den möglichen Risiken für Mensch und Leben zu begegnen. Dies entnehme man auch dem Antrag der CDU/CSU-Fraktion.

Die SPD-Fraktion begrüßt den Ansatz, einen Rechtsrahmen zu schaffen, der auf der Ebene der Europäischen Union harmonisiere. Zwar gebe es zur Fusionsforschung bereits vier Unternehmen in Deutschland, im Vergleich zum gesamten Energiesektor, sei dies jedoch nicht besonders viel. Zwar unterstütze man die Grundlagenforschung innerhalb der Kernfusionsforschung, eine Priorisierung im Energiebereich halte man jedoch für falsch. Aufgrund notwendiger Materialforschung müsse man in diesem Bereich noch mit viel Wartezeit rechnen. Außerdem seien bereits jetzt erneuerbare Energien zu günstigeren Preisen vorhanden, als für die Kernfusionsforschung prognostiziert werde.

Abg. **Laura Kraft** (BÜNDNIS 90/ DIE Grünen) spricht sich dafür aus, neue Energietechnologien und die damit verbundenen Chancen und Potenziale weiter zu erforschen. Dazu gehört auch die sachliche Analyse und die Abschätzung von Chancen und Risiken. Auch bei der Fusion. Der Ausschuss habe sich damit bereits mehrfach beschäftigt und auch das Büro für Technikfolgenabschätzung und dessen Berichterstatter und Berichterstatterinnen werden sich zukünftig damit auseinandersetzen. Klar sei auch, dass eine wissenschaftliche Begleitung erforderlich sei.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE Grünen erklärt, es sei nicht zu erwarten, dass alle Pläne in der Fusionsforschung sofort umgesetzt werden können. Trotzdem müsse, was die Energiewende angehe, einiges auf den Weg gebracht werden. Wann Fusion in Zukunft etwas zur Stromerzeugung beitragen könne, werde sich jedoch erst in den nächsten Jahren zeigen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE Grünen bekräftigt, dass es einen angemessenen Rechtsrahmen und eine verstärkte Forschung brauche. Hierzu seien auch Grundlagen erforderlich, damit man Start-Ups, wenn es um Ausgründungen gehe, unterstützen könne.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE Grünen führt abschließend aus, die Fusion sei ein spannendes Feld, bei dem jedoch ausreichende Überlegungen bezüglich der Umsetzung nötig seien. Trotzdem solle man den Bereich strategisch weiterverfolgen, um in Zukunft gut aufgestellt zu sein.

Abg. **Dr. Michael Kaufmann** (AfD) begrüßt die Idee, ein eigenes Gesetz für Fusionskraftwerke zu schaffen, welches auf die speziellen Anforderungen dieser Technologie abgestimmt sei. Dies könne durch die Anpassung des Atomgesetzes oder durch ein neues Kernfusionsgesetz geschehen.

Die AfD-Fraktion kritisiert, im Antrag der CDU/CSU-Fraktion heiße es, dass das Atomgesetz nicht für Kernfusionskraftwerke gelten könne. Bei Themen der Proliferation, der Verbreitung von waffenfähigem Material und der Entsorgung, könne das Atomgesetz relevant werden. Trotzdem sei ein eigenes Regelwerk für Fusionskraftwerke erforderlich. Ansonsten bestehe die Gefahr, dass Investoren Länder bevorzugen werden, die bereits ein solches Regelwerk umgesetzt haben.

Die AfD-Fraktion führt aus, dass auch die aktuellen Finanzmittel für die Fusionsforschung in Deutschland zu gering seien. Die dafür vorgesehenen 45 Millionen Euro im Haushalt seien nicht ausreichend. Insbesondere sei fraglich, wie Deutschland bis zum Jahr 2028 auf die von der Bundesregierung angekündigte eine Milliarde Euro an Investitionen für die Fusionsforschung kommen wolle. Im Vergleich dazu investiere die USA jedes Jahr eine Milliarde Dollar in die Fusionsforschung. Man frage sich, ob die Bundesregierung tatsächlich hinter dem Projekt stehe. Die AfD-Fraktion erklärt abschließend, Deutschland müsse endlich die Weichen für einen Rechtsrahmen stellen, ansonsten verliere Deutschland den weltweiten Anschluss.

Abg. **Dr. Stephan Seiter** (FDP) erklärt zu Anfang, es stelle sich bei einer neuen Technologie der Energieerzeugung wie der Kernfusion stets die Frage, wie man mit dieser umgehe. Wenn man die Zahlen zur Kernfusion in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa mit dem internationalen Markt vergleiche, sehe man, dass es auf dem internationalen Markt Spieler gebe, die bereits seien, mehr zu investieren. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung



habe die Kernfusion bereits in ihrer Arbeit priorisiert und finanzielle Mittel für einen Demonstrationsreaktor bereitgestellt. Die FDP-Fraktion betont, dass auch privates Kapital im Bereich der Kernfusion aktiviert werden müsse. Dies gelte jedoch nicht nur im Bereich der Kernfusion, sondern man müsse in der Wirtschaftspolitik generell Rahmenbedingungen für eine risikoreichere Bereitschaft für Investitionen schaffen.

Die FDP-Fraktion erläutert weiter, dass die Kernfusion wie andere Technologien auch, entsprechend ihren Eigenschaften und Risiken reguliert werden müsse. Zwar sei die Kernfusion eine Technologie zur Erzeugung von Energie, die weniger CO₂ ausstoße und weniger radioaktive Überreste hinterlasse, jedoch sei noch unsicher, wann eine solche Regulierung mit ausreichendem Kenntnisstand aufgestellt werden könne. Die FDP-Fraktion gibt zu bedenken, dass man außerdem nicht von vornherein überregulieren dürfe, weshalb zunächst die Forschung in dem Bereich weiter vorangebracht werden müsse. Um für private Investoren weiterhin attraktiv zu bleiben, müsse man sich über die Regulierung der Kernfusion Gedanken machen.

Abg. **Dr. Petra Sitte** (Die Linke) trägt vor, dass die Beschlusspunkte im Antrag, einen pragmatischen und innovationsfreundlicher Rechtsrahmen auf Ebene des Bundes und der Europäischen Union zu fordern, grundsätzlich interessant seien. Solche Anträge wünsche man sich auch im Bereich der erneuerbaren Energien. Die Klimaziele werde man nur durch erneuerbare Energien erreichen, weshalb es notwendig sei, dass der Bundeshaushalt diese finanziere, zum Beispiel durch den Transformationsfonds. Die Gruppe Die Linke führt weiter aus, dass im Informationsblatt der Leopoldina, Acatech und der Union der Deutschen Akademie deutlich werde, dass man mit dem Start von Fusionsreaktoren erst nach dem Jahr 2045 rechnen können. Kleine und mittlere Unternehmen sowie Start-ups müsse man trotzdem fördern, denn diese seien bereits mit technischen und technologischen Teilfragen beschäftigt.

Die Gruppe Die Linke kritisiert, dass eine gesellschaftliche Debatte zu den gesetzlichen Regelungen fehle. Es brauche ein gesellschaftliches Zielbild, Diskussionen zum

Zeithorizont sowie zu den Risiken. Dies werde zur gesellschaftlichen Akzeptanz beitragen. Die Gruppe Die Linke merkt an, im Antrag fehlen außerdem Ausführungen zur Frage der Lagerung und des Recyclings.

Abg. **Ali Al-Dailami** (BSW) merkt zu Anfang an, man sei im Hinblick auf die Energieproduktion grundsätzlich technologieoffen. Die Herstellung einer unbegrenzten Energie, die die Umwelt nicht belaste, sei wünschenswert. Die Gruppe BSW kritisiert, dass der Antrag jedoch das Bild vermittele, dass Fusionsreaktoren das Energieproblem in ein paar Jahren lösen werde. Trotz 60-jähriger Forschung werde die Kernfusion auf lange Sicht keinen wirtschaftlichen Beitrag zur Energieversorgung leisten. Die bisherigen Forschungsergebnisse seien zwar interessant, energiepolitisch aber kaum relevant. Zudem müsse man sich fragen, ob es überhaupt noch Sinn mache, Steuergelder in die Fusionsforschung zu investieren. Die Bundesregierung wolle mehr als eine Milliarde Euro in die Fusionsforschung investieren und dabei eng mit Start-up-Unternehmen zusammenarbeiten. Eine solche öffentlich-private Partnerschaft habe sich in der Vergangenheit für den Steuerzahler stets als nachteilig erwiesen.

Weiter sei die Fusionsforschung ein Nebenprodukt der Waffenentwicklung, man müsse also auch den Aspekt der Dual-Use-Strategie beachten. Ebenso falle bei der Kernfusion radioaktiver Müll an, der mehrere tausend Jahre lagern müsse. Diese Aspekte berücksichtige der Antrag der CDU/CSU-Fraktion nicht, weshalb man dem Antrag nicht zustimmen könne.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP sowie der Gruppe BSW bei Enthaltung der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/10383.

Tagesordnungspunkt 3

Antrag der Abgeordneten Dr. Michael Kaufmann, Nicole Höchst, Dr. Götz Frömming, weiterer



Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Fachkräfteinitiative für die Fusionsforschung

Abg. **Dr. Michael Kaufmann** (AfD) stellt fest, dass bei der Fusionsforschung auch der Fachkräftebedarf eine Rolle spiele. Wer es schaffe den ersten serienreifen Reaktor zu entwickeln, könne wissenschaftliche Erfolge und enorme Gewinne erzielen. Damit sei auch der Wettlauf um die besten Talente bereits im Gange. Die AfD-Fraktion merkt an, dass Deutschland mit dem Stellarator Wendelstein 7-X im Greifswald, der Beteiligung am ITER-Projekt (International Thermonuclear Experimental Reactor) und dem Unternehmen Marvel Fusion noch zu den führenden Nationen in der Fusionsforschung zähle. Aufgrund besserer Forschungsbedingungen, einem klareren Rechtsrahmen und mehr Fachkräften vor Ort, habe das Unternehmen Marvel Fusion jedoch entscheiden, seine Pilotanlage in den USA zu bauen. Der Ausstiegs Deutschlands aus der Kerntechnik und die immer weniger werdenden Ausbildungsangebote, haben dazu geführt, dass Deutschland den dringend benötigten Nachwuchs nicht bekommen könne. Die AfD-Fraktion bezweifelt, dass man dieses Problem aufgrund der internationalen Konkurrenz allein mit Fachkräften aus dem Ausland lösen könne. Wolle Deutschland seine Spitzenposition in der Fusionsforschung halten, benötige es dringend eine neue, gut ausgebildete Generation an Fachkräften. Hiervon können auch andere Bereiche, wie die Materialforschung und die Verfahrenstechnik profitieren.

Die AfD-Fraktion spricht sich dafür aus, die Rahmenbedingungen der Forschung an der Fusion attraktiver zu gestalten und vorübergehend verstärkt Spitzenkräfte aus dem Ausland anzuwerben. Es gehe um die Zukunft der Fusionsforschung in Deutschland und die wirtschaftliche Teilhabe Deutschlands an der Fusionstechnologie und nicht um politische Vorbehalte.

Abg. **Holger Mann** (SPD) kritisiert, dass Deutschland sich zwar für den Atomausstieg entschieden habe, jedoch nicht für den Ausstieg aus der Forschung zur Atomenergie. An vielen Einrichtungen, an denen sich Deutschland beteilige, wie CERN (Europäische Organisation für

Kernforschung), DESY (Deutsche Elektronen-Synchrotron), der Forschungs-Neutronenquelle Heinz Maier-Leibnitz in Garching oder Wendelstein 7-X, nutze man bereits das Fachkräftepotenzial, welches an den deutschen Hochschulen ausgebildet werde. Die Kompetenzen der Fachkräfte, die die AfD-Fraktion in ihrem Antrag beschreibe, bilde man auch in der Physik aus, in der es laut Hochschulkompass mehr als 800 Studiengänge gebe. Die SPD-Fraktion merkt an, dass man die Grundlagenforschung und den Fachkräftebedarf durch die Ausbildungen an den Hochschulen entgegen den Aussagen der AfD-Fraktion damit weiterhin unterstütze. Dafür brauche es jedoch auch interessierte junge Leute, die man für diesen Forschungsbereich begeistern müsse.

Weiter kritisiert die SPD-Fraktion, dass der Bund aufgrund der Länderhoheit nicht die Kompetenz dafür habe, Studiengänge zu entwerfen. Zudem erinnere die politische Steuerung von Fachkräften an fehlgeschlagene DDR-Zeiten. Auch sei es schwierig, den Fachkräftebedarf für 20 Jahre zu prognostizieren. Zusammenfassend müsse der Antrag deshalb abgelehnt werden.

Abg. **Thomas Jarzombek** (CDU/CSU) erläutert, dass der Antrag eine gute Gelegenheit sei, über Spitzenkräfte in der Wissenschaft zu reden. Bei Gesprächen über die verschiedenen Chipfabriken in Dresden und Magdeburg sei immer wieder die Frage gestellt worden, wie man überhaupt an die internationalen Topspitzenkräfte in Deutschland kommen solle. Ressentiments und ein unfreundliches Klima gegenüber internationalen Fachkräften stehen dieser Frage entgegen. Dieses Klima und diese Ressentiments seien besonders durch die Agitation der AfD entstanden, weshalb man über den Antrag besonders verwundert sei.

Die CDU/CSU-Fraktion macht deutlich, dass Deutschland technologisch nicht mithalten können, wenn internationale Spitzenfachkräfte nicht zu bekommen seien. Man könne stolz auf alle internationalen Fachkräfte sein, die bei der Max-Planck-Gesellschaft in Deutschland arbeiten. Es sei wichtig, in den internationalen Wettbewerb, um die besten Talente einzusteigen. Das von der AfD-Fraktion verursachte Klima, stehe dem jedoch entgegen.



Abg. **Laura Kraft** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) schließt sich den Ausführungen der CDU/CSU-Fraktion an. Der Antrag der AfD-Fraktion ignoriere die unterschiedlichen Zuständigkeiten von Bund und Ländern und vermische wesentliche Inhalte, wie den Schulunterricht, die Studienganglandschaft und die Projektfinanzierung. Ebenso verwundert sei man, dass die AfD-Fraktion Fachkräfte aus dem Ausland anwerben wolle.

In der vergangenen Debatte zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz habe sich die AfD-Fraktion mit ihren Aussagen nicht von der besten Seite gezeigt. Umso verwunderter sei man, dass die AfD-Fraktion nun Fachkräfte aus dem Ausland anwerben wolle. Die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN führt weiter aus, dass der Antrag die strukturellen Probleme, die der Umzug in ein anderes Land mit sich brächte, wie die Zukunftsaussichten der mitgebrachten Familie nicht beleuchte. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisiert weiter, dass der Antrag auch zu den inhaltlichen Themen der Fusionsforschung und Fusionsenergie Schwächen aufweise. Mithin werde nicht deutlich, was die AfD-Fraktion überhaupt wolle, weshalb man auf den Projektplan der Bundesregierung zur Fusionsenergie verweise.

Abg. **Dr. Petra Sitte** (Die Linke) erklärt, sie sei verwundert darüber, dass im Antrag stehe, dass Studienanfänger im Ausland gezielt mit attraktiven Stipendien angeworben werden sollen, um diese nach Studienabschluss für mindestens fünf Jahre daran zu binden, in deutschen Forschungseinrichtungen tätig zu sein. Dies passe insbesondere nicht mit den jüngsten Aktivitäten der Jugendorganisation der AfD zusammen. Insbesondere könne man internationale Fachkräfte nicht in die Kategorien „gut“ und „böse“ einteilen.

Die Gruppe Die Linke führt aus, man müsse unbedingt beibehalten, dass der Forschungsbereich in Hochschulen und beruflichen Ausbildungsgängen weiter vorangetrieben werde. Auch an Orten, an denen Unternehmen nicht in den Wettbewerb der Fusionstechnologie eintreten.

Abg. **Dr. Stephan Seiter** (FDP) erläutert, dass bereits viel zur Qualität und Logik des Antrages

gesagt worden sei. Auch die FDP-Fraktion sei darüber verwundert, dass der Antrag die Zuständigkeiten von Bund und Ländern scheinbar nicht berücksichtige. Der Antrag zeige, dass die AfD-Fraktion in Richtung einer Zentralverwaltung gehen wolle und der Staat die Studienthemen an den Universtätien vorgeben solle. Dies führe dazu, dass die Wissenschaftsfreiheit eingeschränkt werde. Die FDP-Fraktion kritisiert zudem, dass der Antrag nahelegt, man solle nur dann internationale Studierende anwerben, wenn dies für Deutschland in der derzeitigen Situation praktisch sei.

Die FDP-Fraktion rät der AfD-Fraktion, Hochschulen zu besuchen und die jungen Menschen zu fragen, warum mit dem Studium in Deutschland gezögert werde. Es lege am gesellschaftlichen Klima und nicht an den Rahmenbedingungen und der Infrastruktur an den Hochschulen. In der Wissenschaftsgemeinschaft höre man, dass es insbesondere an den Universitäten in Ostdeutschland Fremdenfeindlichkeit gebe. Dies sei nicht das Klima, mit dem man Internationalisierung vorantreibe, weshalb man den Antrag ablehnen müsse.

Abg. **Ali Al-Dailami** (BSW) verweist auf die Ausführungen, die man im Zusammenhang zum Antrag der Union zur Kernfusion und deren Erforschung genannt habe. Die Gruppe BSW fügt hinzu, statt bei der Finanzierung der Hochschulen verhältnismäßig viele Ressourcen in die Errichtung von Lehrstühlen zu geben, sei es sinnvoller, bestehende Energietechnologien umweltfreundlicher und ressourcenschonender zu gestalten und die Forschung zu erneuerbaren Energien zu stärken.

Zuletzt überrasche die Forderung, Spitzenforscher übergangsweise nach Deutschland zu bringen nicht. Die Forderung bewerte man als Nützlichkeitsrassismus und sei bei vielen rechten Parteien vertreten. Der Antrag zeige somit, wofür die AfD-Fraktion inhaltlich stehe.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP sowie der Gruppen BSW und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD



die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/10394.

Tagesordnungspunkt 4

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung der Ziele des Bologna-Prozesses 2021 bis 2024

BT-Drucksache 20/10945

Der **Vorsitzende**: Damit rufe ich Tagesordnungspunkt 4 auf. Hier handelt es sich um den Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung der Ziele der Bologna-Reform, des Bologna-Prozesses von 2021 bis 2024. Für uns eine gute Gelegenheit, miteinander über den europäischen Hochschulraum zu reden, der unzweifelhaft Menschen und Institutionen aus ganz Europa stärkt und zusammenbringt. Die Bologna-Erklärung von 1999 ist die Grundlage für die Schaffung eines europäischen Hochschulraums gewesen, dem mittlerweile 49 Staaten angehören. Ich freue mich auf jeden Fall über die Diskussion und erteile jetzt das Wort dem Parlamentarischen Staatsminister Jens Brandenburg.

PSiS Dr. Jens Brandenburg (BMBF): Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! 25 Jahre Bologna-Prozess waren ein echter Treiber für die Weiterentwicklung und für die Internationalisierung des deutschen Hochschulsystems. Regelmäßig vor der Konferenz der Ministerinnen und Minister des europäischen Hochschulraums berichten BMBF und Kultusministerkonferenz über den aktuellen Stand der Umsetzung der Ziele des Bologna-Prozesses hier in Deutschland.

Die letzte Bologna-Ministerkonferenz fand am 29. und 30. Mai in Albanien in Tirana statt. Der Bericht fasst die nationalen Entwicklungen des Bologna-Prozesses im deutschen Hochschulsystem zusammen: Lernen und Lehren, Mobilität, Digitalisierung, lebenslanges Lernen, die Bedeutung der beruflichen Bildung, unterrepräsentierte und benachteiligte Gruppen, Anerkennung und Qualitätssicherung. Zudem gibt der Bericht einen Überblick über wichtige internationale Entwicklungen und auch über

aktuelle politische Themen mit Bezug zum europäischen Hochschulraum.

Im aktuellen Bericht werden schwerpunktmäßig die Hochschulkooperationen in Krisenzeiten und auch die Stärkung der Internationalisierung an deutschen Hochschulen behandelt. Der Berichtszeitraum des nationalen Bologna-Berichts von 2021 bis 2024 war durchaus von mehrfachen Krisen und großen Herausforderungen geprägt. Umso wichtiger sind eine klare Positionierung und auch gemeinsames Handeln bei uns in Deutschland und in Europa insgesamt, denn die Grundwerte des europäischen Hochschulraums sind für uns nicht verhandelbar. Die Mitgliedstaaten des europäischen Hochschulraums zeigten Einigkeit in ihrer Solidarität mit der Ukraine. Russland und Belarus wurden aus den Gremien des Hochschulraums suspendiert.

Die Internationalisierung deutscher Hochschulen ist zentral, um im globalen Wettbewerb zu bestehen und Deutschlands Position unter den führenden Wissenschaftsstandorten weltweit zu behaupten. Hier gibt es Erfreuliches zu berichten, denn Deutschland belegt inzwischen Platz 3, also inzwischen auch vor Australien, unter den beliebtesten Studienstandorten für internationale Studierende. Damit sind wir weltweit das beliebteste nicht englischsprachige Land. Die Internationalisierung ermöglicht gleichzeitig eine internationale Vernetzung und trägt damit auch zur Umsetzung der Bologna-Ziele bei. Der nationale Bologna-Bericht verdeutlicht die Relevanz des Bologna-Prozesses. Deutschland kann durch die Weiterentwicklung des europäischen Hochschulraums schließlich erheblich profitieren. Besonders die MINT-Studiengänge (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) sind bei internationalen Studierenden sehr populär. Das ist ein Gewinn für unsere Hochschullandschaft und auch für unseren Arbeitsmarkt. Wissens- und Innovationskraft sind unsere entscheidenden Ressourcen. Ein leistungsstarkes, global vernetztes Wissenschaftssystem sichert damit die Zukunft unseres Standorts.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank für diese Einführung zum Bericht und wir kommen jetzt in die Aussprache. Die Berichterstattenden-Runde beginnt Kollegin Dr. Lina Seitzl für die SPD-



Fraktion.

Abg. **Dr. Lina Seitzl** (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Bologna-Bericht beleuchtet die internationalen und nationalen Entwicklungen des europäischen Hochschulraums in einer besonders krisengeprägten Zeit. Er zeigt, dass es 25 Jahre nach dieser grundlegenden Strukturreform in Deutschland gelungen ist, einen europäischen Hochschulraum und auch einen europäischen Forschungsraum zu etablieren. Insbesondere bei der internationalen Stellung Deutschlands bei ausländischen Studierenden kann sich Deutschland sehen lassen. Es wurde gesagt, Deutschland zählt zu den Top-3-Gastländern für ausländische Studierende und ist Nummer eins bei den nicht englischsprachigen Ländern. Über 15 Prozent aller eingeschriebenen Studierenden aus dem letzten Wintersemester kommen aus dem Ausland. Das zeigt, dass wir ein attraktiver Bildungs- und Hochschulstandort sind, und es sollte Ansporn sein, weiterzumachen. Es gibt aber auch Verbesserungspotenzial. Das zeigt dieser Bericht sehr deutlich. Insbesondere sind die Abbruchquoten bei ausländischen Studierenden deutlich höher als bei deutschen Studierenden. Es braucht also Anstrengungen, um die Situation ausländischer Studierenden in deutschen Hochschulen und in Deutschland generell zu unterstützen. Es liegt in unserem großen Interesse, die Fachkräfte von morgen so gut es geht hier zu behalten, also auch bürokratische Erleichterungen oder verbesserte Angebote zu ermöglichen. In diesem Rahmen ist das Fachkräfteeinwanderungsgesetz zu sehen, das ein Grundstein dafür sieht, internationale Studierende dauerhaft in Deutschland zu halten und ihnen die Anerkennung von Studienleistungen zu erleichtern.

Auch die Mobilität deutscher Studierender ist verbesserungsfähig. Die Zielmarke von 20 Prozent deutscher Studierenden, die ins Ausland gehen - das ist eine europäische Zielquote -, ist im Jahr 2020 nicht erreicht worden. Auch hier müssen wir deutliche Wege finden, um den Weg ins Ausland für deutsche Studierende zu unterstützen, weil Auslandserfahrungen wichtige Eigenschaften und nicht zuletzt die Sprachkompetenzen erheblich fördern. In dem Sinne möchte ich die Studienfinanzierung ansprechen. Wir haben hier im Ausschuss schon

viel über das BAföG diskutiert. Wir haben das mit der letzten Novelle, die wir auch im Ausschuss und im Deutschen Bundestag überarbeitet haben, deutlich verbessert, um die Bedingungen für Studierende insgesamt zu erleichtern, aber auch das Auslands-BAföG weiter zu unterstützen. Das sind alles spürbare Verbesserungen, aber auf diesem Weg sollten wir weitergehen. Vielen Dank.

Abg. **Dr. Ingeborg Gräble** (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, danke für Ihre einleitenden Bemerkungen, die im krassen Widerspruch zu den Kürzungen bei DAAD (Deutscher Akademischer Austauschdienst) und Alexander von Humboldt stehen. Da passt nichts zusammen. Der Bericht ist sechs Monate alt. Wir haben ihn auch schon im Plenum diskutiert und ich möchte fragen, was in der Zwischenzeit passiert ist. Gibt es Aktualisierungen? Es wäre auch schön zu erfahren, was in Tirana rauskam, welche konkreten Initiativen es geben soll. Der Bericht verwöhnt uns nicht mit konkreten Angaben und es wäre doch schön, wenn wir solche konkreten Angaben hätten, damit wir auch mal sagen könnten, in welche Richtung es geht. Haben wir einen Fortschritt und wenn ja, welchen Fortschritt? Oder haben wir keinen? Ich finde, es ist so wahnsinnig viel Luft nach oben, dass ich mich frage, mit wie wenig dieses Haus hier ständig zufrieden ist. Das möchte ich hier noch mal gesagt haben.

Ich möchte auch noch eine Reihe von Fragen stellen, obwohl ich wegen der Qualität der Antworten mit Fragen hier keine so guten Erfahrungen gemacht habe. Aber Herr Staatssekretär, wer hat denn den Bericht erstellt? Ich frage, weil ich den wortgleichen Bericht auf der Kultusministerkonferenz-Homepage gefunden habe, aber nicht als Bericht der Bundesregierung, sondern als namenlosen Bericht. Ist das ein Umdruck? Wer hat wessen Bericht umgedruckt? Das wäre meine Frage. Ansonsten ist es ja durchaus erlaubt. Ich bin schon mal froh, dass wir keine Widersprüche haben zwischen den beiden Ebenen, weil es ja vermischte Zuständigkeiten gibt. Einen ersten Erfolg möchte ich durchaus auch anerkennen.

Der zweite Punkt: Es handelt sich im Wesentlichen um eine Verfahrensdarlegung in dem Bericht. Die Frage, die ich schon angeschnitten habe, ist: Wo stehen wir eigentlich?



Es wäre gut, wenn Sie dazu auch etwas sagen könnten. Ich meine, es gibt so viele wissenschaftliche Methoden, so einen Bericht zu erstellen, damit man auch eine Evaluierung hat. Es gibt Scorecards, es gibt ein Punktesystem, ein Lichtsystem - also ich kann wirklich nicht sagen, ob wir vorangekommen sind. Ich habe wo anders - nicht in dem Bericht - gesehen, dass wir bei Architektur 95 Prozent Anerkennungsquote von Abschlüssen haben, aber nur 75 Prozent bei den Ingenieurwissenschaften. Da könnte man sich auch mal ein paar Gedanken machen, warum das so ist, vor allem bei Ingenieurwissenschaften, wo wir wirklich Nachwuchs brauchen. Bei der Architektur wäre mir das nicht bekannt.

Beim dritten Punkt, der Digitalisierung, wäre es vor allem Zeit für harte Maßnahmen der Evaluierung. Dieser narrative Bericht behauptet einen Fortschritt, der nirgendwo nachgewiesen wird. Auch da glaube ich, transparentes und nachprüfbares Reporting wäre in der Wissenschaft schön. Ich würde vor Begeisterung aus den Schuhen fallen, glauben Sie es mir. Ich würde Sie in der Sänfte durch Berlin tragen, wenn ich das noch erleben darf.

Der vierte Punkt: Kernaktivität der Qualitätssicherung. Die Qualitätssicherung ist sehr wichtig, um die Gleichwertigkeit von Studium und Prüfungsleistungen zu haben, damit wir wirklich sichergehen können, dass die Studienabschlüsse von hier und da gleichwertig sind und dass wir auch sichergehen können, dass unsere Studienabschlüsse mit anderen gleichwertig sind. Verantwortlich sind Politiker, aber auch hier wird die Verantwortung an Arbeitskreise abgeschoben, über deren Wirken wir nichts erfahren.

Abg. **Laura Kraft** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Zusammenrücken der europäischen Staaten ist in dieser angespannten geopolitischen Lage, in der wir gerade sind, das Wichtigste, was wir tun können. Dazu gehört es auch, dass wir die Mobilität von Studierenden stärken, denn das ist letzten Endes auch ein Garant für den internationalen Austausch. Der Bericht zeigt auch auf, wie wichtig Internationalisierung der Wissenschaft und der Hochschulen ist. Kooperationen sorgen letzten Endes dafür, dass wir eine stetige Qualitätssicherung, dass wir eine verbesserte Mobilität haben. Ich möchte noch mal

darauf hinweisen, dass internationale Erfahrungen etwas Schönes für die Studierenden sind, sie Menschen näher zusammenbringen und natürlich auch die Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Das ist somit auch noch mal ein wichtiger Baustein für mehr kulturelle Offenheit und natürlich auch einen wissenschaftlichen Fortschritt in einer Gesellschaft. Wir sind attraktiv für internationale Studierende, das hat der Bericht gezeigt. Wir kommen dem Erreichen der Bologna-Ziele immer näher. Die Zahl der internationalen Studierenden hat in 2023 noch mal einen neuen Spitzenwert erreicht. Das ist höher als vor der Covid-Pandemie.

Die Mobilitätsmöglichkeiten werden einfach gerne wahrgenommen, sowohl in Deutschland, aber auch im Ausland. Insofern müssen wir jetzt aber trotzdem gucken, wie wir das verstetigen können. Was können wir da verbessern, damit es da auch weitergeht. Erasmus Plus ist das älteste Bildungsprogramm der Europäischen Union - was ich hier noch mal erwähnen möchte. Wie viele Menschen da schon Aufenthalte mitmachen konnten, im Rahmen derer sich ganz neue Dinge ergeben haben.

Wir sprechen immer wieder darüber, wie wichtig es ist, dass wir Spitzenkräfte in der Forschung und der Wissenschaft bekommen. Ich glaube, das ist ein Baustein davon, dass wir Mobilität unter Studierenden erst mal fördern und da auch für eine gewisse Offenheit sorgen müssen. Wir müssen zeigen, wie attraktiv Deutschland als Studienstandort ist - und vielleicht später auch für die weitere akademische Karriere und darüber hinaus.

Abg. **Volker Münz** (AfD): Die Berufsfähigkeit war und ist ein wichtiges Ziel des Bologna-Prozesses. Durch gestufte Abschlüsse von Bachelor und Master sollte schon ein früherer Berufseinstieg bereits mit dem Bachelor erreicht werden und möglich sein. Auf das Ziel Berufsfähigkeit geht der Bericht überhaupt nicht ein. Man muss doch feststellen, dass dieses Ziel nicht hinreichend erreicht worden ist. Unternehmer berichten mir, dass sie für Bachelor-Absolventen kaum Stellen anbieten können. Einige Unternehmen fragen sogar bei der Bundesagentur an, ob es dafür Berufsqualifizierungen gibt, beziehungsweise ob diese Berufsqualifizierungen mit finanziert werden können durch die Arbeitsagentur. Das



kann ja wohl nicht das Ziel sein. Es ist daher dringend eine Erhebung und Analyse des Übergangs von Hochschule in den Beruf nötig. Hier spielt auch die gestiegene Abbrecherquote hinein. Denn auch hier hatte man sich das Ziel gesetzt, die Abbruchquote zu senken. Das wurde deutlich verfehlt. Aktuell brechen 28 Prozent der Bachelorstudenten das Studium ab. Vor 25 Jahren waren es noch 23 Prozent der Studenten.

Meine Frage ist deswegen: Liegen Ihnen von der Bundesregierung, Herr Staatssekretär, Daten zur Evaluierung des Ziels Berufsfähigkeit von Hochschulabsolventen vor? Wie sehen diese aus? Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um das Ziel Berufsfähigkeit besser zu erreichen? Zum Thema Abbrecherquoten heißt es, Sie seien besorgt und seien sich der Problematik bewusst. Es wird eine Maßnahme zur Steigerung des Studienerfolgs von internationalen Studenten ergriffen: die Campus-Initiative Internationale Fachkräfte. Aber auf Maßnahmen zur Steigerung des Studienerfolgs einheimischer Studenten gehen Sie gar nicht ein. Da ist auch nicht die Rede davon. Warum nicht?

Das DZHW (Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung) bemängelt, dass es keine Erhebung und Analyse der Ursachen des Studienabbruchs und keine Analyse der Gründe für den Anstieg gibt. Wenn Sie nicht wissen, warum die Studenten das Studium abbrechen und was die Gründe für die Steigerung der Abbrecherquoten sind, wie wollen Sie dann überhaupt dagegen steuern? Wann werden entsprechende Analysen zur Entwicklung der Studienabbrecherquoten vorliegen?

Abg. **Prof. Dr. Stephan Seiter** (FDP): Wenn man sich zurückerinnert an die Zeit, als der Bologna-Prozess vor mehr als zwei Jahrzehnten begann, erinnert man sich sicher auch daran – diejenigen, die von Anfang an dabei waren zumindest -, dass der Bologna-Prozess nicht mit 100 Prozent Zustimmung im Hochschulwesen begrüßt wurde. Es gab Skepsis etwa im Hinblick darauf, diese gestuften Studiengänge, also Bachelor und Master, auf die gewohnten Diplom-Studiengänge einzuführen. Wenn man sich dann aber letztendlich die Entwicklung anschaut, stellt man fest, dass wir durch diesen Bologna-Prozess einen ganz wichtigen Beitrag für die Internationalisierung an unseren Hochschulen erhalten haben - dass die Mobilität der

Studierenden zugenommen hat. Das trägt nicht nur dazu bei, dass unsere Arbeitsmärkte früher oder später stärker integriert sind, sondern es trägt auch dazu bei, dass wir die interkulturelle Kompetenz unserer Studierenden erhöhen, wenn sie im Ausland sind. Wer in der Lehre mit internationalen Studiengängen Erfahrung hat, weiß – das sage ich jetzt mal so -, dass das ein ganz anderes Klima ist als das früher der Fall gewesen ist. Das heißt, wir haben hier einen Prozess, der sehr viele Vorteile sowohl für die Studierenden als auch für unsere Volkswirtschaft gebracht hat. Dass wir die Quoten noch nicht erreichen, die dort vorgesehen sind, ist schade. Da kann man aber dran arbeiten. Da trägt auch die Frage zu bei, wie offen wir als Gesellschaft sind und wie unsere Bürokratie ist, wenn jemand zu uns kommen möchte.

Zwei Anmerkungen zum Thema Digitalisierung auf der einen Seite und zum Thema Qualitätssicherung, weil es auch schon angesprochen wurde: Bezüglich der Digitalisierung, wenn wir uns das anschauen, hat sich in der Lehre insbesondere durch die Corona-Zeit ein relativ großer Fortschritt ergeben. Also ohne Corona wären wir bei den hybriden Lehrformen sicherlich nicht so weit, wie wir das jetzt tatsächlich sind. Das hat den Weg eröffnet, dass Studierende durchaus kürzere Phasen haben können, in denen sie international weg vom Campus sind und in Austausch mit ihren Universitäten treten können – und das in beide Richtungen. Insoweit muss man klar konstatieren, dass dort ein großer Fortschritt entstanden ist. Die Ursache war nicht so erfreulich, aber wir haben ein Ergebnis. Da gilt es auch weiterhin, die Hochschulen, Universitäten, Bildungseinrichtungen zu unterstützen.

Zweitens: das Thema Qualitätssicherung. Qualitätssicherung bedeutet Akkreditierungsprozesse. Diese Akkreditierungsprozesse sind für Hochschulen und Universitäten immens aufwendig. Die bekamen sie zusätzlich – ich sage mal - aufs Auge gedrückt. In diesem Zusammenhang wäre es sinnvoll, wenn wir uns eine Evaluierung überlegen und sehen könnten, wie wir die Hochschulen und Universitäten besser unterstützen. Denn zusätzliche Aufgaben sollten nicht zu Lasten von Lehre und Forschung gehen.



Abg. **Nicole Gohlke** (Die Linke): Bei Bologna haben wir es leider auch mit vielen uneingelösten Versprechen zu tun, etwa mit dem uneingelösten Versprechen von Mobilität und vor allem auch einer sozial selektiven Mobilität. Wir haben Probleme bei der Anerkennung von Hochschulabschlüssen und auch bei der Arbeitssituation von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Ich finde, dass der Bericht einiges benennt, aber tatsächlich eigentlich die Lösungen und Vorschläge komplett ausspart.

Ein Großteil der Studierenden in Deutschland ist von Erwerbsarbeit abhängig. Gerade auch die BAföG-Beziehenden, bei denen die Erwerbsarbeit offenbar mittlerweile sogar regelrecht als feste Größe eingerechnet wird. Anders ist nicht zu erklären, warum die Bundesregierung die Bedarfssätze nicht endlich so ausreichend anhebt, dass auch ein vom Nebenerwerb unabhängiges Studieren für wirtschaftlich schwache Studierende möglich würde. Warum erzähle ich das? Weil es genau die Studierenden sind, die nicht einfach so ins Ausland gehen können. Die Abhängigkeit von der studentischen Lohnarbeit ist eins der größten Hindernisse für einen Auslandsaufenthalt.

Das gilt sogar für diejenigen, die als studentische Beschäftigte im Wissenschaftsbetrieb arbeiten, aber keine Möglichkeit zur Unterbrechung ihrer Tätigkeit für den Auslandsaufenthalt haben, weil sie von der Verlängerungsoption des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes ausgeschlossen sind und auch bleiben. Deswegen kann ich nur sagen: Die Ampel sollte sich an die Lösung dieser sehr praktischen Fragen machen. Diversität muss bedeuten, endlich für echte Durchlässigkeit und soziale Öffnung zu sorgen. Das BAföG und auch das Wissenschaftszeitvertragsgesetz gehören anständig reformiert und zu guten Instrumenten gemacht. Lassen Sie hier nicht noch mehr kostbare Zeit vergehen.

Abg. **Ali Al-Dailami** (BSW): Wir halten den internationalen Austausch für eine große Errungenschaft, der natürlich gefördert werden sollte. Wir sollten aber auch ehrlich mit uns sein. Die Bologna-Reform hat ihre Ziele größtenteils verfehlt. Die Zahl der ausländischen Studenten - das wurde schon erwähnt - an deutschen Unis ist zwar gestiegen, umgekehrt aber bleibt die Zahl der deutschen Studenten mit Auslandserfahrung

hinter dem, was man sich erhofft hatte, zurück. Nur rund 17 Prozent der Absolventen an der Hochschule hat studienbezogene Auslandserfahrung gesammelt. Dabei hatten Bund und Länder sich in ihrer eigenen Internationalisierungsstrategie 33 Prozent vorgenommen. Ein Auslandsaufenthalt ist eben teuer. Wenn Sie also wollen, dass mehr Studenten Erfahrungen im Ausland sammeln, müssen Sie endlich die Studienfinanzierung verbessern. Das bedeutet einen Ausbau von BAföG und Mobilitätsstipendien.

Bologna hat auch nicht, wie erhofft, zu schnelleren Studienabschlüssen geführt. Ganz im Gegenteil: Die Regelstudienzeit ist eher länger und nicht kürzer geworden. Die Abbruchquote ist nach wie vor hoch. Der Bachelor wird leider als erster berufsbefähigender Studienabschluss von vielen Unternehmen - ich sage es mal salopp - für nicht ganz so voll genommen. Auch aus Kostensicht war die Bologna-Reform keine gute Idee. Es wurde schon erwähnt: Das Akkreditierungssystem verschlingt nicht nur Unsummen an Geld, sondern auch noch Zeit. An den sozialen Ungleichheiten und damit verbundenen an den eingeschränkten Chancen für Kinder aus Nicht-Akademiker-Haushalten hat sich auch nicht viel geändert. Man kann also zusammenfassend sagen, die Bilanz fällt insgesamt ernüchternd aus.

Der **Vorsitzende**: Wir haben zumindest einzelne rhetorische Fragen wahrgenommen, für deren Beantwortung hat nun Herr Staatssekretär das Wort hat.

PSSt Dr. Jens Brandenburg (BMBF): Ich weiß nicht, ob die alle rhetorisch waren, aber ich würde sie tatsächlich gerne beantworten wollen. Die erste Frage war, wenn ich es richtig notiert habe, nach den konkreten Initiativen beziehungsweise ging sie auch seitens der AfD in eine ähnliche Richtung. Diese hat nach konkreten Maßnahmen in dem Zusammenhang gefragt. Die Zeit reicht heute nicht, alle kleinteiligen Initiativen aufzuzählen, aber ich möchte zwei herausheben. Das eine ist die Campus-Initiative, die in diesem Jahr mit dem DAAD (Deutscher Akademischer Austauschdienst) in der Umsetzung startet. Bis 2028 stehen dafür insgesamt 120 Millionen Euro zur Verfügung. Da geht es konkret um genau die Punkte, die eben in der Diskussion eine Rolle gespielt haben, die Sie angesprochen haben. Es



geht also um eine Unterstützung der internationalen Studierenden, sowohl in den verschiedenen Phasen des Studiums - also Stichwort „Verlauf und Abbruch“ und Fragen, die damit zusammenhängen -, als auch letztlich um die Frage des Übergangs in den deutschen Arbeitsmarkt. Denn wir haben natürlich auch ein nationales Interesse daran, dass ein größerer Anteil derjenigen, die bei uns studieren - übrigens hierzulande im Regelfall an öffentlichen Hochschulen gebührenfrei, ich weiß, es gibt Unterschiede, so ist es in Bayern etwa anders als woanders, in der Regel aber gebührenfrei -, möglichst zum höheren Anteil dem deutschen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Das sind Themen, die wir also mit dieser konkreten umfassenden Maßnahme mit angehen.

Zweitens möchte ich die Internationalisierungsstrategie nennen, die wir vor wenigen Monaten vorgestellt haben. Das ist eine Strategie des BMBF gemeinsam mit den Wissenschaftsministerien der Länder. Auch dort wird eine ganze Reihe an konkreten Maßnahmen unterlegt, wobei ein Großteil dieser Maßnahmen genau auf diese Befunde des Bologna-Berichts mit einzahlt.

Frau Kollegin Gräßle hat die Kürzung beim DAAD angesprochen. Da möchte ich unterscheiden, es wurde ja auch in der Öffentlichkeit groß berichtet: Das bezieht sich auf die Kürzungen, die im Haushalt des Auswärtigen Amts zu finden sind. Die Mittel, die wir eingestellt haben, sind im Wesentlichen auf einem Level. Es gibt eine kleine Abweichung, die sich aber wesentlich dadurch erklären lässt, dass wir im vergangenen Jahr einen Auftrag des Haushaltsausschusses hatten - konkret zur Unterstützung der Modernisierung der Mediziner Ausbildung. Das kam durch den Haushaltsausschuss dazu. Die Zuständigkeit wird auch so weitergeführt, bei uns im Haus aber künftig in der Abteilung 6 für die Lebenswissenschaften, konkret im Referat 613. Das heißt, dass diese Mittel im jetzt vorliegenden Haushaltsentwurf für 2025 weiterhin in unserem Etat vorliegen, sich aber jetzt in einem anderen Titel befinden, also nicht mehr im DAAD-Titel. Unter dem Strich wird das bei uns im Wesentlichen konstant gehalten. Die Kürzungen sind beim Auswärtigen Amt, das wird sicher eine Rolle im parlamentarischen Verfahren in der

Diskussion führen.

Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass der Bericht bei der KMK wortgleich zu finden ist. Ich kann das vielleicht aufklären. Es liegt nicht daran, dass wie in der Schule, der eine beim anderen abgeschrieben hat. Es ist vielmehr ein gemeinsamer Bericht, der mühsam bis aufs letzte Komma und bis ins letzte Detail miteinander - das ist Teamarbeit, auch das gibt es manchmal im Schulunterricht, in der Gruppenarbeit - erarbeitet wurde. Wir arbeiten da mit den Ländern, die für die Hochschulen zuständig sind, aus guten Gründen eng zusammen. Ich glaube, es wäre eher irritierend, wenn wir auf Bundesebene andere Dinge berichten würden als die Länder auf ihrer Ebene. Denn letztendlich ist das eine gemeinsame Aufgabe. Das Missverständnis ist hoffentlich aufgeklärt.

Was ich eher als rhetorische Frage wahrgenommen habe, war die Frage nach keinem Fortschritt. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass im Bericht einiges steht. Ich habe mich wirklich sehr darüber gefreut, dass Deutschland mittlerweile der drittbeliebteste Zielstandort für internationale Studierende ist und dass die Zahlen da auch nach der Pandemie deutlich angezogen sind. Fairerweise - auch das will ich anerkennen - ist das eine Leistung, bei der über viele Legislaturperioden hinweg auch ein Trend mitzuverzeichnen ist, bei dem auch an den Hochschulen, DAAD und Co. viel mitgeleistet wurde. Das finde ich sehr erfreulich. Ich habe selbst bei der eben genannten Bologna-Konferenz in Tirana teilgenommen. Da haben wir im gesamten europäischen Hochschulraum eher ein Umsetzungsdefizit als ein Wir-brauchen-neue-Regeln-Defizit festgestellt. Ich kann vermelden, dass es da viele Grafiken gab, wo in roten oder grünen Farben die Umsetzungsstände angezeigt wurden. Es hat doch sehr gutgetan, zu sehen, dass Deutschland eigentlich quer durch die Bank immer im hochgrünen Bereich unterwegs war. In der Umsetzung sind wir auch im Vergleich zu anderen Ländern im europäischen Hochschulraum sehr weit vorne, was diese Kriterien angeht. Insofern sehe ich da große Fortschritte, wengleich wir natürlich noch Aufgaben vor uns haben, siehe Internationalisierungsstrategie.

Sie haben dann zu Recht die Frage angesprochen,



wo wir stehen bzw. wie wir das messen und nach der Indikatorik. Wir - das heißt ich, beziehungsweise auch die Ministerin und das BMBF - teilen dieses Anliegen. Deshalb kann ich als Zwischenerfolg vermelden, dass im Rahmen der Internationalisierungsstrategie mit den Wissenschaftsministerien der Länder erstmals ein deutlich indikatorenbasierterer Ansatz gefunden wurde - sowohl auf Maßnahmenebene, ich empfehle dahingehend, sich die Details der Anlagen anzuschauen -, der sehr viel konkreter hinterlegt wurde. Anders als bei der Vorgängerstrategie - das ist ja nicht die erste, sondern im Prinzip nochmal ein Update - ist es uns diesmal tatsächlich gelungen, mit den Ländern konkrete Indikatoren zu vereinbaren. Ich mache keinen Hehl daraus, dass wir BMBF-seitig gerne noch mehr und konkretere Indikatoren drin gehabt hätten. Unsere Fantasie war da ein bisschen größer, aber wir brauchen ja eine Einstimmigkeit. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir gemeinsam bei den Wissenschaftsministerien der Länder - auch da haben Sie ja, was die Parteifarben angeht, häufig direkteren Zugang als wir - dafür werben können, dass auch bei der nächsten Strategie eine noch größere Bereitschaft dafür existiert, noch detaillierter zu werden. Das ist nicht von der Bundeseite gescheitert. Aber es freut mich gemeinsam mit den Ländern, dass wir genau in diese Richtung Fortschritte gegenüber der Vorgängerstrategie erzielen konnten. In dem Sinne freue ich mich auf die Sänfte.

Zum Studienerfolg beziehungsweise der Abbruchquote - das war die letzte offene Frage seitens der AfD: Sie haben bemängelt, es gäbe keine Studien und zu wenige Einblicke. Den Eindruck kann ich dezidiert nicht teilen. Es gibt eine ganze Reihe an Studien, im Wesentlichen oftmals durch das BMBF finanziert. Ich würde vorschlagen, bevor ich jetzt hier lange Olds vorlese, dass wir das im Nachgang auch einfach mal in einer kurzen E-Mail zur Verfügung stellen. Die Umsetzung ist dann oft eher Frage der Hochschulautonomie. Wir definieren nicht die Curricula auf Bundesebene - aus guten Gründen machen wir das nicht. Aber bezüglich der Studienlage ist durchaus einiges vorhanden. Das stellen wir gerne zur Verfügung.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Staatssekretär.

Politisch kurz zusammengefasst: Bei Bologna ist noch nicht alles im grünen Bereich. Formal kann ich nur feststellen, dass wir den Bericht natürlich zur Kenntnis genommen haben und die Beratung ist hiermit abgeschlossen.

Tagesordnungspunkt 5

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bundesbericht Forschung und Innovation 2024

BT-Drucksache 20/11560

Der **Vorsitzende**: Wir kommen jetzt zum nächsten Themensprung in unserer Ausschusssitzung und damit zum Tagesordnungspunkt 5. Hier geht es um den Bundesbericht Forschung und Innovation 2024 und die dazugehörige Unterrichtung durch die Bundesregierung auf der Bundestagsdrucksache 20/11560. Der Bundesbericht für Forschung und Innovation (BuFI) erscheint bekanntlich alle zwei Jahre und ist seit 1963 das Standardwerk zur Forschungs- und Innovationspolitik in Deutschland. Der Bericht 2024 wurde uns von Professor Cantner mit seiner gesamten Kommission in der Ausschusssitzung am 13. März vorgestellt. Heute soll er hier abschließend beraten werden, weil sich politisch-parlamentarisch seitdem einiges getan hat. Der BuFI stellt die Aktivitäten, aktuelle Strukturen und Prioritäten des Bundes und der Länder zur Forschung und Innovation dar und dient damit auch als wichtige Grundlage für unsere parlamentarischen Entscheidungen.

Die Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung betragen im Jahr 2022 121,4 Milliarden Euro, was einer Steigerung von 15 Milliarden Euro zum letzten Berichtsjahr entsprach und damit die höchsten jemals gemessenen Ausgaben darstellen. Die F&E-Quote (Forschungs- und Entwicklungsquote) liegt damit bei 3,13 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Ich glaube, dass wir uns fraktionsübergreifend einig darüber sind, dass es für die internationale Wettbewerbsfähigkeit von großer Bedeutung ist, dass wir das 3,5-Prozent-Ziel weiter miteinander, mit den öffentlichen und auch den privaten F&E-Investitionen, anstreben. Damit übergebe ich zur inhaltlichen Einführung dem Parlamentarischen



Staatssekretär Jens Brandenburg das Wort.

PSSt Dr. Jens Brandenburg (BMBF): Liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir wissen alle, Innovationen sind essenziell für Wertschöpfung, für Wachstum und Wohlstand. Hiermit beschäftigt sich auch der diesjährige Bundesbericht Forschung und Innovation, der im Mai dieses Jahres vom Kabinett beschlossen wurde. Wir arbeiten weiterhin daran, 3,5 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung in Forschung und Entwicklung zu investieren. Dieses Ziel verfolgen wir konsequent mit der Umsetzung der Zukunftsstrategie Forschung und Innovation. Derzeit liegt die F&E-Quote in Deutschland bei über 3 Prozent und damit in der EU weit vorne. Laut BuFI, also dem Bericht, steigerte die Wirtschaft ihrer F&E-Ausgaben 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 8 Prozent. Ein wichtiger Schritt zum Erreichen dieses 3,5-Prozent-Ziels. Wir setzen mit dem Wachstumschancengesetz noch größere Anreize, weiter in Forschung und Entwicklung zu investieren.

Durch die Ausweitung der Forschungszulage als ein wesentlicher Bestandteil des Gesetzes wird unter anderem der Fördersatz für KMU um 10 Prozentpunkte auf maximal 35 Prozent erhöht, die Bemessungsgrundlage von 4 auf 10 Millionen Euro angehoben und die Förderung auf Sachkosten ausgeweitet. Im Rahmen der Wachstumsinitiative möchte die Bundesregierung die Bemessungsgrundlage nochmals auf dann 12 Millionen Euro erhöhen. Damit enthält das Wachstumschancengesetz die größte Forschungsfördermaßnahme seit Einführung der Forschungszulage. Fast eine Milliarde Euro wird zusätzlich bereitgestellt, um Unternehmen Anreize für zusätzliche Investitionen in Forschung und Innovation zu geben und deren internationale Wettbewerbsfähigkeit und damit unser aller Wohlstand in Deutschland zu sichern. Der BuFI informiert umfassend über die Aktivitäten der Bundesregierung und die gemeinsamen Investitionen von Staat und Hochschulen in Forschung und Entwicklung. Er liefert außerdem Daten und Fakten zu den wichtigsten Messgrößen und - wir haben eben darüber gesprochen - Indikatoren im Forschungs- und Innovationsbereich, wie zum Beispiel Investitionen in F&E, Publikations- und auch Patentzahlen.

Die Zahlen stimmen zuversichtlich. 2022 waren rund 785.000 Personen in Vollzeitäquivalenten in Forschung und Entwicklung beschäftigt - so viele wie nie zuvor. Der Wissenschafts- und Forschungsstandort Deutschland gewinnt auch international an Attraktivität. An den vier größten außeruniversitären Forschungseinrichtungen hat sich die Zahl angestellter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit ausländischer Staatsbürgerschaft seit 2011 mehr als verdoppelt. Aufgrund der multiplen Krisen und der Transformationsprozesse braucht es dennoch weiterhin mehr Bemühungen im Bereich Forschung und Innovation. Wir müssen aktuelle und neue Innovationen, gerade in den Schlüsseltechnologien oder im Bereich Künstliche Intelligenz, aktiv mitgestalten, um noch attraktiver für ausländische Talente zu werden. Mit der Zukunftsstrategie Forschung und Innovation setzt die Bundesregierung dafür den F&E-politischen Rahmen, um mit Forschung und Innovation Lösungsansätze für die großen Herausforderungen unserer Zeit voranzutreiben und die Innovationskraft Deutschlands zu stärken. Mit der Umsetzung der Missionen fördert die Bundesregierung ausdrücklich einen agilen Politikstil, der Ressortgrenzen überwindet und eine koordinierte und gemeinsame Politik ermöglicht. Der BuFI greift die Zukunftsstrategie als Dachstrategie der Bundesregierung für F&I konsequent auf. Sowohl die Weiterentwicklung der F&I-politischen Querschnittsthemen als auch die Umsetzung der sechs Missionen der Zukunftsstrategie spielen hier eine prominente Rolle.

Wir arbeiten kontinuierlich an der Weiterentwicklung unseres Förderinstrumentariums zur Stärkung der Innovationskraft Deutschlands. Sei es durch die Agentur für Sprunginnovation, die im Aufbau befindliche Deutsche Agentur für Transfer und Innovation oder auch die Stärkung des Reallaboransatzes. Als zentraler Bericht zu Forschung und Innovation der Bundesregierung stellt der BuFI all diese Ziele und Entwicklungen umfassend zusammen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank für die Einführung. Dann kommen wir jetzt zur Aussprache über den Bericht und wir starten mit Holger Mann für die SPD.



Abg. **Holger Mann** (SPD): Wir haben den BuFI schon diskutiert - auch schon im Plenum -, deswegen ist es ein bisschen müßig und wahrscheinlich redundant, aber tatsächlich gibt er als kleine Leistungsschau dessen, was im Bereich Forschung und Innovation passiert, sehr gute Indikatoren und die sind auch sehr erfreulich. Zu den Ausgaben im Bereich ist schon etwas gesagt worden. Die Steigerung plus 15 Milliarden oder 7,3 Prozent kann sich sehen lassen. Ich will dennoch ein bisschen Wasser in den Wein gießen. Das liegt vor allen Dingen an der Steigerung der staatlichen Ausgaben. Es bleibt, glaube ich, weiterhin eine Herausforderung, die deutsche Wirtschaft und Industrie davon zu überzeugen, dass Investitionen in Innovationen gute Innovationen sind. Wir haben das jetzt als Bundesregierung und Ampelkoalition nochmal mit der Verbesserung der steuerlichen Forschungsförderung und gerade auch schon dem angesprochenen Paket durch den Staatssekretär. Aber ich will trotzdem der Hoffnung Ausdruck verleihen, dass dem auf der anderen Seite auch etwas folgt, denn allein kriegen wir das nicht hin.

Ich will auch hervorheben, gerade weil wir die Diskussion vorhin hatten, dass nicht zuletzt auch Personalaufwuchs im Forschungsbereich zugrunde liegt, dass wir hoch attraktiv für internationale Fach- und Spitzenkräfte sind. Das war auch nicht immer so. Das hatte einen Knick, den man auch in den Statistiken des Berichts sieht, nämlich durch die Covid-Pandemie. Davon haben wir uns aber erholt und wir haben erfreulicherweise seit vielen Jahren wieder mal einen positiven Wanderungssaldo, insbesondere bei den publizierenden Forschenden, die man häufig mit Spitzenwissenschaftlern gleichsetzt. Das ist eine gute Entwicklung, die wir weiter gemeinsam stärken sollten - zumindest die Fraktionen, die sich diesem Projekt ernsthaft verschreiben. Das Dritte, was ich noch hervorheben will - auch mit Blick auf die Zeit will ich im Rahmen bleiben: Unser Innovationsökosystem hat nicht nur weitere Kinder bekommen, sondern auch weitere Impulse. Ganz, ganz deutlich wird hervorgehoben, dass die neuen Agenturen mit SPRIND und zukünftig auch DATI insofern einen Beitrag leisten. Die steuerliche Forschungsförderung hatte ich schon benannt und auch gewürdigt und ich glaube, auch das wird positive Neben- und Haupteffekte

zeitigen. Eines will ich noch feststellen, gerade weil die Rahmung des Berichtes durch die Ministerin so stark auf globale Krisen und Herausforderungen für Sicherheit und auch inneren Zusammenhalt einging: Ich bin mir nicht sicher, ob wir dem bei dem Thema Förderung der gesellschaftlichen Resilienz, Vielfalt und Zusammenhalt in jeder Stelle im Haushalt nachkommen, sei es bei Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften, Wissenschaftskommunikation, sozialer Innovation oder Friedens- und Konfliktforschung. Deswegen empfehle ich uns allen, dieses Kapitel noch mal zu lesen, bevor wir in die Haushaltsberatung gehen. Es könnte sich lohnen und auszahlen.

Abg. **Thomas Jarzombek** (CDU/CSU): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will etwas grundsätzlicher ans Werk gehen und die Frage stellen: Was ist eigentlich unsere Aufgabe in der Forschungspolitik? Ich glaube, wenn man sich diese 450 Seiten mal anguckt, stellt sich die Frage ziemlich deutlich. Wir haben Wissenschaftsfreiheit, wir haben Hochschulautonomie, es wird sehr viel über private Investitionen geredet - das sind Unternehmensentscheidungen. Also was ist eigentlich unsere Aufgabe? Wollen wir hier steuern? Und wenn ja, was und wie oder Anreize schaffen? Ich bin mit dem, was wir hier tun, nicht immer ganz glücklich, ich will das mal so sagen. Ich gehe mal auf ein Gespräch mit einer hochrangigen Mitarbeiterin des Ministeriums ein, bei dem ich über die Frage von einem BioNTech-Fund gesprochen habe und dafür als Reflex sofort zurückbekam, dass wir dafür kein Förderprogramm haben. Die gesamte Logik, ist mein Eindruck, besteht darin: Haben wir ein Förderprogramm, ja oder nein? 28.000 Stück. Ist das wirklich die Freiheit, die wir unseren Forscherinnen und Forschern geben wollen und müssen? Ist es so, dass heute jemand, der an der Hochschule eine interessante Idee hat, dazu eine Promotion schreibt oder auch weiter im Tenure-Track danach forscht, die Idee verfolgen kann oder muss er sich ein Förderprogramm suchen? Ich stelle diese Fragen, weil wir sie uns zurzeit stellen, denn ein Jahr vor der Wahl handelt es sich immer um einen guten Zeitpunkt, um zu überlegen, wo man eigentlich hinmarschieren will. Mein Eindruck ist, dass wir hier an vielen Stellen total übersteuern. Diese Zukunftsstrategie



hat insgesamt 188 Ziele. Wer will denn 188 Ziele erreichen? Monitoren kann man schon gar nicht. Wir haben zum April eine kleine Anfrage gestellt. Die Datenbasis jedenfalls für die Umsetzung dieser Zukunftsstrategie ist ziemlich dünn. Vieles ist gar nicht richtig messbar und mit KTI's versehen. In diesem Bericht war eines der besten Programme, das wir bei Trägerraketen gemacht haben, Aufträge zu verleihen. Warum? Weil wir ein Vielfaches an privatem Kapital gehebelt haben. Sie finden das hier in diesem Bericht auf etwa Seite 324. Das wurde überhaupt nicht verstanden, weil es gar nicht entsprechend abgebildet ist. Die Kollegin Gräßle hat dazu im Plenum gesprochen und hat auch die Frage gestellt, ob man diesen Hauptband eigentlich braucht. Der Datenband ist hier das Entscheidende. Wenn wir über Bürokratievereinfachung reden, möchte ich die Frage stellen - auch wenn es diesen Bericht seit 1963 gibt -, ob wir diesen eigentlich so in der Form brauchen, jedenfalls diesen Hauptband. Denn wir haben diesen Bericht, dann haben wir das EFI-Gutachten (Expertenkommission Forschung und Innovation), den Umsetzungsbericht zur Zukunftsstrategie Forschung und Innovation, das Zukunftsforum und den beim Bundeskanzler angesiedelten Zukunftsrat - und das ist nur das, was wir auf die Schnelle noch gefunden haben. Es gibt noch mehr Beratungsgremien. Ich glaube, wir müssen Dinge mal konsolidieren, statt ständig was Neues aufzubauen. Wir haben jetzt eine Sprungagentur, in der muss immer noch weitergearbeitet werden. Wir haben eine Cyberagentur, die Not leidet. Jetzt haben wir noch diese DATI-Agentur, die nicht aus den Pötten kommt. Ich glaube, wir müssen mal versuchen, ein paar Dinge zu konsolidieren, zu vereinfachen und dafür kann das hier auch eine entsprechende Grundlage sein. Der Datenband ist Klasse, aber brauchen wir diese fast 500 Seiten Werbeprospekt wirklich? Ich bin mir nicht ganz sicher.

Abg. **Laura Kraft** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In Deutschland haben wir so viel in Forschung und Innovation investiert, wie noch nie zuvor und das ist auch richtig gut. Denn jeder Cent, der in Forschung und Innovation fließt - ich glaube, das sind wir uns hier alle einig -, ist gut angelegtes Geld, denn wir wollen auch einen starken Innovations- und Technologiestandort in

Deutschland haben und diesen auch sichern. Er sichert unsere Souveränität und es gibt uns die nötigsten Instrumente für die ganz großen Herausforderungen, also zum Beispiel Klima etc. Hier sind schon verschiedene Aspekte erwähnt worden. Ich möchte die SPRIND mit dem SPRINDfreiheitsgesetz und der Ausweitung der Forschungszulage im Wachstumschancengesetz erwähnen. Da haben wir deutlich mehr Freiräume geschaffen und gehen aktuell mit den Start-up-Factories das Wichtige im Thema der Ausgründung nochmal an. Es ist auch richtig, dass Forschung und Innovation Freiräume braucht und dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Beinfreiheit bei dem, was sie machen wollen, brauchen. Wir als Politik sollten ihnen da die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen, damit sie ihre Ideen gut umsetzen können.

Die DATI verspricht ganz neue Impulse, um Forschung und Transfer zusammenzubringen. Bisher hatten wir insofern in Deutschland noch eine Lücke. Die Arbeit dazu hat in den DATI Innovation Communities schon längst begonnen. Wichtig ist aber auch, dass die Empfehlungen der Gründungskommission zum Aufbau der DATI nun zeitnah umgesetzt werden und die DATI umso mehr an Fahrt aufnehmen kann. Mit der Zukunftsstrategie - die wurde eben auch schon erwähnt - bestreiten wir neue Pfade von der ganzheitlichen, von der koordinierten und von der missionsorientierten Forschung und Innovationspolitik. Es zeigt sich, dass der Strukturaufbau für das ressortübergreifende Arbeiten nicht nur ein einfacher, sondern auch ein sehr wichtiger Aspekt ist, um für einen richtigen Mehrwert zu sorgen. Das gilt es aufzubauen und die ressortübergreifende Zusammenarbeit weiterzuentwickeln. Wir haben aber noch einiges vor, auch in dieser Koalition. Zum Beispiel müssen wir dafür sorgen, dass es bessere Bedingungen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gibt. Deswegen habe ich das Bund-Länder-Programm für den Ausbau von Dauerstellen vorhin auch in der Haushaltsdebatte erwähnt und möchte mich darauf fokussieren. Dazu gehört es aber auch, Rahmenbedingungen für gutes Arbeiten zu schaffen, also das Wissenschaftszeitvertragsgesetz, das Forschungsdatengesetz, um Daten als Treiber von Innovationen besser zugänglich machen zu



können und die Roadmap für Forschungsinfrastrukturen, um die Grundlagenforschung dazu zu bringen, die Technologien zu erforschen, von denen wir heute noch gar nicht wissen, wofür wir sie eigentlich brauchen werden, zu verbessern. Das sind alles wichtige Aspekte, damit wir uns hier in Deutschland auch weiterhin mit Forschung und Innovation gut aufstellen und wir daran weiterarbeiten. Danke.

Abg. **Prof. Dr.-Ing. habil Michael Kaufmann** (AfD): Heute haben wir den Bundesbericht Forschung und Innovation 2024 zur Kenntnisnahme. Beim Kenntnisnehmen stellen wir fest: Zwei Jahre Stillstand, zwei Jahre voller Ankündigungen ohne Ergebnisse, zwei Jahre leere Versprechungen über die DATI und 150 Millionen Euro für schöne Worte und ein paar kleine Pilotprojekte, zwei Jahre, in denen unser Bildungssystem vom Kindergarten bis zur Universität weiter vernachlässigt wurde, zwei Jahre, in denen der Forschungsetat inflationsbereinigt gesunken ist, zwei Jahre, in denen Steuergelder für ideologisch geprägte Projekte verschwendet wurden unter Schlagworten wie Klima, Nachhaltigkeit und Vielfalt, die von dieser Regierung ständig betont werden. Im Ranking der Wettbewerbsfähigkeit ist Deutschland in den letzten zehn Jahren von Platz sechs auf Platz 24 durchgereicht worden. Das spiegelt auch den Inhalt des Berichts wider. Sie behaupten, dass Vielfalt die Forschung stärkt und die Innovationskraft Deutschlands fördert. Forschung soll nach Ihrer Vorstellung gesamtgesellschaftliche Transformationsprozesse unterstützen. Dabei orientieren sie sich sklavisch an der UN-Agenda 2030 in einer Weise, die keine andere Industrienation praktiziert. Doch bringt das unser Land wirklich voran? Im Gegenteil, es kostet viel Geld und schwächt uns, weil wir in vielen Bereichen den Anschluss verlieren. Glauben Sie ernsthaft, dass ein angesehener Wissenschaftler nach Deutschland kommt, weil unsere Unis so bunt sind? Deutschland braucht einen Neustart, vor allem im Bereich Forschung und Innovation. Hier werden die Voraussetzungen für unseren zukünftigen Wohlstand geschaffen. Dabei müssen wir uns auf Forschung konzentrieren, die wirtschaftlich relevant ist. Für ideologisch motivierte Projekte ist kein Geld mehr da. Das ist das Ergebnis der Regierungspolitik, des

industriellen Rückschritts. Insgesamt ist dieser Bericht ein Armutszeugnis. Ihre bisherige Arbeit hat unsere Probleme nicht gelöst, sondern verschärft. Sie haben kein Gespür für die drängenden Herausforderungen und auch keine passenden Lösungen. Wir können diesen Bericht daher nur mit Frustration und Ärger zur Kenntnis nehmen. Danke.

Abg. **Prof. Dr. Stephan Seiter** (FDP): Vielen Dank auch für die Vorlage des Berichts. Es ist schön, dass sich in dieser Debatte wieder ein paar Dinge zeigen. Schön, dass die Union zur Selbstreflexion neigt. Es ist schon mal gut, dass ihr auf die Idee gekommen seid, sich Richtung Zero-Base-Budgeting zu bewegen, indem wir uns überlegen, was das, was wir tun, letztendlich bringt. Da ist sicherlich einiges, was wir in den Strukturen anschauen und diskutieren sollten. Nichtsdestotrotz ist es bemerkenswert, dass wir so hohe Ausgaben in unserer Volkswirtschaft haben - sei es Staat, sei es mit den Privaten, für Forschung und Entwicklung. Denn Forschung und Entwicklung sind einerseits Voraussetzung zur Bewältigung der Herausforderungen, in Bezug derer von manchen hier im Raum - alle wissen, wen ich meine - geleugnet wird, dass sie überhaupt existieren. Insofern ist Forschung und Entwicklung relevant. Es ist aber auch relevant, dass wir den Strukturwandel, der in unserer Volkswirtschaft ansteht, bewältigen können. Einzelne unternehmerische Fehlentscheidungen, deren Effekte jetzt zum Tragen kommen, zeigen, dass es wichtig ist, dass wir auch die private Forschung und Entwicklung voranbringen und dass wir auch über den Erfolg von Forschung und Entwicklung ein Erfolgsmaß, ein Kriterium brauchen. Dies stellt in einer sozialen Marktwirtschaft das marktliche Bewähren dar, dass sich eine Neuerung durchsetzt, denn dann erst wird es zu einer Innovation. Was will ich damit sagen? Es geht darum, dass wir zusätzlich zu dem, was bisher passiert, mehr und bessere Rahmenbedingungen für die Unternehmen brauchen, sodass diese selbst Forschung und Entwicklung voranbringen können. Wir müssen die Möglichkeiten erweitern. Das ist in einem ersten Schritt durch die Ausdehnung der Forschungszulage geschehen. Diese Forschungszulage hat den Vorteil, dass sie nicht themenspezifisch ist, sondern dass sie den Unternehmen die Freiheit lässt, zu entscheiden,



über was sie forschen. Wir sollten berücksichtigen und sagen, dass wir die Forschung dort lassen, wo wir erkennen, dass Kompetenz existiert. Das ist in den wissenschaftlichen Einrichtungen und bei den Unternehmen. Es sollte uns wichtig sein, dass wir insgesamt die Forschungsausgaben erhöhen, weil wir einerseits nur durch neue Produkte und neue Prozesse den Klimawandel beziehungsweise die Folgen davon in den Griff bekommen werden. Auf der anderen Seite wird es die Schaffung von Wohlstand und Beschäftigung sein. Es trägt auch zur nationalen Sicherheit und zur technologischen Souveränität bei. Vielen Dank.

Abg. **Dr. Petra Sitte** (Die Linke): Herr Jarzombek hat gemeint, etwas grundsätzlicher werden zu wollen. Da kann ich mich nur anschließen, aber nicht in der Weise, wie es Herr Jarzombek verfolgt, sondern mit Blick auf die verengte Sicht, dass die Herausforderungen des Klimawandels und der damit verbundenen notwendigen Transformationen vor allem mit technisch-technologischen Entwicklungen zu bestehen sind. Damit verbunden ist die Fehlannahme, dass sich das Wachstumsmodell ohne systemische Veränderungen bewältigen oder erhalten ließe. Wir vertreten die Position, dass sich jetzt statt des alten Wachstums- und Wohlstandsmodells der Nachkriegsjahrzehnte Lebens- und Beschäftigungsperspektiven an sozialen und ökologischen Erfordernissen ausrichten müssen. Erst gestern haben wir über die Ausweitung des Innovationsverständnisses gesprochen, indem wir uns mit den Möglichkeiten sozialer Innovation auseinandergesetzt haben. Das heißt, konkret in der Forschungspolitik muss sich da in der Balance etwas ändern. Mit Blick auf das von Herrn Jarzombek angesprochene Fördermodell der Projektförderung, ist zu sagen, dass es zu kritisieren ist, weil sich die Förderung von Projekten im Grunde genommen, so wie von der Ministerin selbst angesagt, vor allem nach schnellem Impact ausrichtet. Aber viele Forschungsthemen haben tatsächlich zivilisatorische Bedeutung und bräuchten verlässliche Förderung. Das hieße weniger Projektförderung und mehr auskömmliche Grundfinanzierung, sowohl im System selbst als auch an den Hochschulen. Dass die Talente gewinnen, wie es im Bericht heißt, widerspricht aber auch den Realitäten des Forschungsbeziehungsweise vor allem des Bildungssystems.

Ich will mich daran erinnern, dass über zwei Millionen junge Leute zwischen 25 und 35 Jahren immer noch ohne Abschluss zurückbleiben und in prekäre Beschäftigungen gedrängt werden. Ich weiß nicht, ob wir uns das wirklich leisten können. Zugewanderten, selbst wenn sie mit gewünschten Abschlüssen kommen, werden ebenso Chancen vorenthalten, weil sie jahrelang in irgendwelchen Anerkennungsverfahren feststecken und dann nur Beschäftigung in prekären Beschäftigungsverhältnissen finden. Insofern ist hier schon im Ansatz eine andere Politik notwendig. Das gilt natürlich erst recht für das Wissenschaftssystem.

Abg. **Ali Al-Dailami** (BSW): Zunächst einmal ist positiv zum Bericht festzuhalten, dass er durchaus mit Themen wie Energiewende, Klimaschutz, Nachhaltigkeit, künstlicher Intelligenz und Digitalisierung die zentralen Zukunftsthemen formal identifiziert hat. Wenn wir global noch eine Rolle spielen wollen, muss in die Forschung auf diesen Gebieten unseres Erachtens massiv investiert werden. Doch wenn es dann konkret werden müsste, schwächelt der Bericht und gibt sich leider oft mit Allgemeinplätzen zufrieden. Ich will daran erinnern: In den Nullerjahren stieg Deutschland bekanntlich zum Weltmarktführer in Sachen Photovoltaik auf, bevor die ehemalige Kanzlerin dann die Kohlelobby zu beglücken meinte und den Rotstift ansetzte. Hier müssten die Investitionen zum Beispiel in Forschung und Optimierung von PV-Modulen (Photovoltaik) wesentlich erhöht werden. Doch im Kapitel zur Energiewende findet sich dazu wenig bis gar nichts.

Auffällig ist hingegen, dass Krieg, Rüstung und Militär im Bericht eine sehr zentrale Rolle einnehmen. Gleich im ersten Absatz im Vorwort geht es um Geopolitik, Russland, Nahost und die sogenannte Systemrivalität, die die Bildungsministerin, aber auch die Bundesregierung ausgemacht haben wollen. Das bringt die Ministerin zu ihrer Forderung, dass die Trennung von militärischer und ziviler Forschung neu diskutiert werden solle. Zivilklauseln seien nicht mehr zeitgemäß, heißt es insofern, und die Unis sind jetzt das nächste Ziel der sogenannten Zeitenwende. Nur zwei Beispiele: Claudia Roth meint, Kulturpolitik ist Sicherheitspolitik und der Herr Gesundheitsminister will das



Gesundheitssystem auf Krieg trimmen und nun wollen auch Sie aus unserer Sicht die neue globale Blockbildung immer fester in der Forschung verankern. Das alles halten wir für eine fatale Fehlentwicklung. Dankeschön.

Der **Vorsitzende**: Ja, Herr Staatssekretär kann darauf noch reagieren. Bitteschön.

PSSt Dr. Jens Brandenburg (BMBF): Zum letzten Punkt nur ganz kurz: Diese genannte Blockbildung wird nicht seitens der Bundesregierung oder dieses Parlaments vorangetrieben, sondern beispielsweise seitens russischer Soldaten, die die Ukraine überfallen und die sich jederzeit von fremdem Territorium zurückziehen könnten, sodass dieser Krieg beendet wäre - genauso wie auch andere autoritär geführte Staaten für genau das, was sie tun, verantwortlich sind. Das möchte ich hier nur sehr eindeutig sagen, damit nicht Täter und Opfer rhetorisch umgedreht werden. Zum Zusammenhang: Die AfD hat es eben noch mal angesprochen.

In Bezug darauf, was in Wahrheit internationale Fachkräfte und Spitzenkräfte stärker davon abhält, noch mehr zu uns zu kommen, hat eben Kollege Jarzombek einiges Richtiges in der früheren Debatte gesagt. Darauf möchte ich einfach verweisen, mich diesen Worten ausdrücklich anschließen. Zum Kollegen der SPD, Holger Mann: Du hast gesellschaftliche Resilienz angesprochen. Ich möchte ausdrücklich betonen: Das ist ein Schwerpunkt, auch mit dem missionsorientierten Ansatz der Zukunftsstrategie, der erstmals in einer solchen regierungsgesamten Strategie verankert ist. Ich bin ein bisschen über diesen kritischen Blick auf den Haushalt darüber gestopfert, denn wenn ich mir die genannten Punkte anschau - also ganz konkret die Geistes- und Sozialwissenschaften -, halten wir mit diesem Haushalt Konstanz, sind somit vom Konsolidierungsdruck insgesamt dezidiert ausgenommen. Es war eine bewusste Entscheidung der BMBF-Leitung, das als Schwerpunkt davon auszunehmen.

In die soziale Innovation fließen nach diesem Haushaltsentwurf mehr zusätzliche Mittel als in der Vergangenheit hinein - das ist ohnehin ein neuer Schwerpunkt dieser Bundesregierung. Auch bezüglich der Wissenschaftskommunikation -

haben wir heute Morgen bereits kurz erwähnt - sind weiterhin nochmal ein paar Millionen Euro mehr, als die Vorgängerregierung angesetzt hatte, geplant. Vor allen Dingen aber besteht der große Effekt, dass wir es als Querschnittsaufgabe insgesamt generell in der Projektförderung des BMBF verankert haben, sodass jeder der einen entsprechenden Forschungsantrag beim BMBF stellt, dieses Thema künftig auch im Rahmen der dort verankerten Mittel berücksichtigt. Es sind also nicht alle Wissenschaftskommunikationsmittel allein in diesem Titel verankert. Generell sieht man in diesem Haushalt also den Schwerpunkt.

Zum Bericht als solchen: Es ist ein Parlamentsauftrag - konkret vom Jahr 2006 in dieser Form, das nur dazu. Wir setzen bundesregierungsseitig um, wozu auch immer das Parlament in den Berichten auffordert. Es handelt sich tatsächlich um das Jahr 2006 - also noch nicht ganz so alt, aber immerhin schon einige Jahre.

Ich möchte aber vor allen Dingen nochmal auf den Punkt eingehen, den du zu dieser großen Anzahl von Förderprojekten angesprochen hast, und dass in der Tat nicht alles, was regierungsseitig getan werden kann und soll, über Projektförderung laufen muss. Dem würde ich mich ausdrücklich anschließen. Es ist eine bewusste Schwerpunktsetzung, warum wir gerade in dieser Legislaturperiode beispielsweise die Forschungszulage als unbürokratischeres Instrument deutlich ausbauen. Mit dem Wachstumschancengesetz haben wir schon den ersten Aufschlag gemacht. Der wurde im Bundesrat leider durch CDU-geführte Landesregierung etwas kleiner verhandelt. Da legen wir jetzt mit der Wachstumsinitiative nochmal nach. Das ist meines Erachtens - ich sehe an der Reaktion, dass wir da in der Auffassung ähnlicher Meinung sind - ein richtiger Schritt. Da wir, sobald wir eine Forschungsförderung auslaufen lassen oder stärker in diese Richtung gehen, bemerken, dass es auch aus der Opposition Kritik gibt und gefragt wird „Warum ist diese oder jene Förderung nicht mehr dabei“ und es sich dabei um eine bewusste Schwerpunktsetzung handelt, würde ich mich freuen, wenn es seitens des Parlaments konkret wird und Unterstützung vorhanden ist.



Zum Thema Forschungszulage: Wir haben heute Morgen über die Höhe des Plafonds, auch wenn er ansteigt, gesprochen. Auch die ist im Einzeletat nicht vorhanden und müsste bitte fairerweise auch in der Gesamtbewertung mit dazu gerechnet werden. Unter dem Strich teile ich, dass wir Projektförderung weiter beibehalten wollen, aber den Schwerpunkt auch stärker auf andere Instrumente legen werden.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank für die Beantwortung. Ich sehe keine weiteren Fragen. Damit schließe ich die Beratung und nehme formal natürlich für uns alle den Bericht, über den wir gerade diskutiert haben, zur Kenntnis. Das war heute eine Ausschusssitzung mit vielen guten und manchen schlechten Nachrichten. Danke liebe Kolleginnen und Kollegen und damit schließe ich die 80. Sitzung. Danke.

Tagesordnungspunkt 6

Unterrichtung durch die Bundesregierung
Ernährungsstrategie der Bundesregierung – Gutes Essen für Deutschland
BT-Drucksache 20/10001

Der Tagesordnungspunkt wurde vom federführenden Ausschuss abgesetzt.

Tagesordnungspunkt 7

Antrag der Fraktion der CDU/CSU
Bioenergie eine klare Zukunftsperspektive geben und bestehende Hemmnisse beseitigen
BT-Drucksache 20/9739

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der Gruppe BSW bei Enthaltung der Stimmen der Gruppe Die Linke die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/9739.

Tagesordnungspunkt 8

Antrag der Abgeordneten Nicole Höchst, Jörn König, Dr. Christina Baum, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Zurück zum Wettkampfcharakter bei den Bundesjugendspielen für die Grundschulklassen

BT-Drucksache 20/10614

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP sowie der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/10614.

Tagesordnungspunkt 9

Antrag der Abgeordneten Dr. Bernd Baumann, Dr. Gottfried Curio, Jochen Haug, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Einsetzung einer Enquete-Kommission "Kulturelle Differenzen als mögliche Ursache von Integrationsproblemen bei Zuwanderern in Deutschland"

BT-Drucksache 20/11957

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP sowie der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/11957.

Tagesordnungspunkt 10

Empfehlung der Kommission vom 19.3.2024 über Maßnahmen zur Bekämpfung von Nachahmungen und zur Verbesserung der Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums
K(2024)1739 endg.; Ratsdok.-Nr. 8044/24

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig Kenntnisnahme.



Schluss der Sitzung: 12:22 Uhr

Kai Gehring, MdB
Vorsitzender